

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Insertate
(4 Sgr. für die fünfgespal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 30. Januar. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen
Sr. Majestät des Königs, Allernachst geruht: Dem Regierers- und Me-
dizinalrath Dr. Müller hier den Charakter als Geheimer Medizinalrath; so
wie den Steuerempfänger Krabe in Bielefeld, Regierungsbezirks Minden,
Lucassen in Mettingen, Regierungsbezirks Münster, Müller in Bonn, Re-
gierungsbezirks Köln, und Soerissen in Mülten, Regierungsbezirks Aachen,
den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen; und den Glasfabrikanten Jo-
seph Franz Richter zu Cuxen, im Regierungsbezirk Aachen, der von der dor-
tigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wahl gemäß, als unbesoldeten
zweiten Beigeordneten der Stadt Cuxen für die gesetzliche sechsjährige Amts-
dauer zu bestätigen.

Der Landgerichtsassessor Johann Baptist Ferdinand Amlinger zu Trier
ist zum Advokaten im Bezirke des Königl. Appellationsgerichtshofes zu Köln
ernannt worden.

Der praktische Arzt Dr. Moritz zu GutsMuth ist zum Kreis-Bezirksarzt des
Kreises Heilsberg ernannt; so wie an der höheren Burgschule zu Königsberg
i. Pr. die Anstellung des Schulanfängers Hermann Schulz als ordent-
licher Lehrer genehmigt; und der Lehrer Albert Schmidt als Lehrer an der
Realschule zu Meieritz angestellt worden.

Abgereist: Se. Erz. der General-Lieutenant und Kommandeur der 3.
Division, von Herrmann, nach Stettin; der General-Intendant der K.
Schauspiele, Kammerherr von Hülsen, nach Stettin.

Telegramm der Posener Zeitung.

Paris, Sonntag, 30. Jan. Morgens. In Erwiderung
eines Artikels der „Daily News“, welcher behauptet
hatte, Frankreich könne nur 130,000 Mann in's Feld stellen,
sagt der heutige „Constitutionnel“, Frankreich könnte bis zum
1. Juni 672,000 Mann unter den Fahnen haben haben, von
denen 497,000 in's Feld rücken könnten. Der „Constitu-
tionnel“ glaubt an den Frieden, aber für eine große Nation
sei das beste Mittel, den Frieden aufrecht zu erhalten, zu
zeigen, daß sie nicht entwaffnet habe. — Gestern nach der
Börse wurde die 3proz. zu 68, 30 gehandelt.

(Eingegangen 31. Januar, 8 Uhr Morgens.)

Deutschland.

Preußen. Berlin, 28. Jan. [Glückwünsche des Ab-
geordnetenhauses.] Die Ansprache, welche Graf Schwerin an
Se. K. H. den Prinzen Friedrich Wilhelm bei Empfang der Glück-
wunsch-Deputation des Abgeordnetenhauses gehalten, lautet:

Gründigster Prinz und Herr! Das Haus der Abgeordneten hat uns entfen-
det, um Eurer K. Hoheit seine innigste Theilnahme und seine ehrerbietigsten
Glückwünsche darzubringen aus Anlaß der Geburt des k. Prinzen, Ihres Soh-
nes. Wenn Eurer K. Hoheit den lauten Jubel vernommen haben, der die Haupt-
stadt durchtönte bei der ersten Kunde dieses glücklichen Ereignisses in der k. Fa-
milie, wenn Sie wahrnehmen die herzliche Freude, die sich in allen Schichten
der Bevölkerung auf so lebhafteste Weise kundgibt, und wenn derselbe Jubel und
dieselbe innige Theilnahme Eurer K. Hoheit sich erkennbar machen wird aus allen
Provinzen unseres Vaterlandes, so weit die frohe Kunde dringt, so werden Sie
darin zunächst die aufrichtigste und innige Theilnahme des preussischen Volkes
an der Vermehrung des Familienglücks Eurer K. Hoheit erkennen, dieselbe allge-
meine Theilnahme, die sich in so großartiger Weise kundgab, als Eurer K. Hoheit
vor einem Jahre die erlauchte Tochter des großen Kaiserreichs heimführten. Aber
wie damals unser ganzes Volk zugleich erkannte die hohe Wichtigkeit der Ver-
bindung dieser zwei großen Königshäuser für unser preussisches Vaterland,
so fühlt und weiß es auch jetzt, daß ihm selbst in der Geburt eines Erben der Krone
seiner Könige, in dem jungen Sprossen des alten Hohenzollernstammes, unter
dessen Schutz Preußen geworden ist, was es ist, Großes geschenkt ist. Es weiß,
daß dadurch das Band fester geknüpft ist, durch das es mit seinem Königshause
für verbunden weiß, die Hoffnung, daß diese innige Verbindung, in der es sein
theuerstes Besitzthum erkennt, an Zuversicht gewinnt, noch für ferne Jahr-
hunderte erhalten zu werden. Möge denn der allmächtige Gott auch fernerhin
schützend walten über der Prinzessin, Eurer K. Hoheit erhabenen Gemahlin, daß
Ihr bald die volle Kraft der Gesundheit wieder geschenkt werde. Möge er seinen
starken Arm halten über dem k. Prinzen, auf daß er heranwache unter der lie-
benden Sorge und Pflege seiner Eltern, geleitet und gefördert durch das Bei-
spiel seines erhabenen Großvaters und Vaters zu einem Manne, würdig sei-
ner großen Ahnen, einem Manne voll Tapferkeit, Weisheit, Wahrhaftigkeit und
Gottesfurcht, einem echten Preußenkönige unsern Enten.

Se. Königl. Hoheit sprachen in Erwiderung dieser Ansprache
in sehr huldvoller Weise Ihren Dank aus gegen das Abgeord-
netenhaus und äußerten sich ferner dahin, wie freudig Sie ergriffen
seien durch die allgemeine Theilnahme des Volkes, die sich bei Ihrer
Verheirathung kundgegeben, und wie Sie glaubten, daß Sie Ihren
Dank dafür dem Vaterlande nicht besser abtatten könnten, als in-
dem sie den Sohn, den Ihnen Gott geschenkt, so zu erziehen trach-
teten, daß er seiner großen Ahnen würdig werde. Se. K. Hoheit
unterhielten sich darauf noch längere Zeit auf das Gründigste und ent-
ließen dieselbe mit der wiederholten Bitte, dem Abgeordnetenhaus
Ihren Dank auszusprechen.

— [Der Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1859. IV.]
24) Das Ministerium des Innern schließt mit einer Einnahme von
787,676 Thlr. (gegen 1858 um 2528 Thlr. mehr) und einer Ausgabe von
5,572,069 Thlr. (gegen 1858 um 147,244 Thlr. mehr) ab. Bei den Einnah-
men haben gegen 1858 diejenigen aus der Verwaltung der Straf-, Besserungs-
und Gefängnisanstalten nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre um 10,731
Thlr. höher veranschlagt werden können; dagegen sind die Einnahmen aus der
Polizeiverwaltung um 7908 Thlr. und aus der Verwaltung der Regierungs-
Amtsblätter um 295 Thlr. geringer. Der Ausfall bei der Polizeiverwaltung
ist im Wesentlichen dadurch entstanden, daß die Stadt Berlin durch endgültige
richterliche Entscheidung von der an den Staat geleisteten Zahlung von 3000
Thlr. für Ausübung der Bettelpolizei und von 8110 Thlr. für Unterhaltung von
30 Fußgängerbänken befreit worden ist, und in Folge dessen diese Beträge mit zu-
sammen 11,110 Thlr. vom Etat haben abgezogen werden müssen. Die Mehraus-
gaben entstehen dadurch, daß die Ausgaben für die landrätthlichen Behörden um
60,159 Thlr., für die Polizeiverwaltung in den größeren Städten und in meh-
reren einzelnen Ortsgemeinden um 14,994 Thlr., für die Polizei-Distriktskommissa-
rien der Provinz Posen um 11,150 Thlr., für die Landgendarmarie um 48,688
Thlr., für die Straf-, Besserungs- und Gefängnis-Anstalten um 37,015 Thlr.,
und bei verschiedenen andern Staatsstellen um 10,238 Thlr. erhöht werden muß-
ten. Dagegen sind von dem Dispositionsfonds für höhere Polizei (früher 80,000

Thlr.) 45,000 Thlr. abgesetzt, wovon 31,000 Thlr. auf den Etat für das Bu-
reau des Staatsministeriums übertragen, 14,000 Thlr. in Wegfall gekommen
sind, so daß dieser Dispositionsfonds für das Jahr 1859 35,000 Thlr. beträgt.
Dadurch mindert sich der Mehrbedarf bis auf 147,244 Thlr. Davon kommen
109,072 Thlr. auf Besoldungserhöhungen, die übrigen Mehr-Ausgaben auf die
notwendige Errichtung von 30 neuen Stellen für Fußgängerbänke und auf die
Vermehrung des Grefutiv-Polizeipersonals in Königsberg um 8 Sergeanten
und auf einige andere dringend notwendige Erhöhungen. Zu einmaligen und
außerordentlichen Ausgaben sind im Etat 193,875 Thlr. angesetzt (gegen 1858
um 208,175 Thlr. weniger), und zwar für die Polizeiverwaltung: 30,000 Thlr.,
für die Strafanstaltsverwaltung: 163,875 Thlr.

25) Das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Me-
dizinal-Angelegenheiten weist in der Einnahme 91,614 Thlr. (gegen
1858: 36 Thlr. mehr) und in der Ausgabe 3,663,749 Thlr. (gegen 1858:
66,102 Thlr. mehr) nach. In dieser Mehrausgabe sind enthalten: 20,000 Thlr.
zur Verbesserung der Besoldungen der Gymnasial- und Seminarlehrer, 16,450
Thlr. an Zuschuß für die Universitäten, 8377 Thlr. an Zuschuß für Schulleh-
rer-Seminare, 6000 Thlr. zur Verbesserung der Besoldungen der Beamten bei
den Universitäten und wissenschaftlichen Instituten, 5340 Thlr. für das archäo-
logische Institut in Rom, und 2500 Thlr. Dotationserhöhung für die Kunst-
akademie in Düsseldorf. Die übrigen Ausgabe-Erhöhungen von zusammen 6935
Thlr. bestehen in verchiedenen kleineren Beträgen. An einmaligen und außer-
ordentlichen Ausgaben enthält der Etat überhaupt 823,261 Thlr. (gegen den
Etat für das Jahr 1858 also 224,461 Thlr. mehr). Davon sind bestimmt: zu
größeren Kirchenbauten: 58,870 Thlr., zum Bau von öffentlichen Unterrichts-
gebäuden: 100,986 Thlr., zur Unterhaltung der Gymnasiallehrer: 10,000
Thlr., zum Bau von Gymnasialgebäuden: 4000 Thlr., zum Bau von Schul-
lehrerseminar-Gebäuden: 163,543 Thlr., zur Unterhaltung der Elementarlehr-
er: 35,000 Thlr., zur Unterhaltung armer Künstler und Literaten: 1000 Thlr.,
zur Vollendung des neuen Museums in Berlin: 29,862 Thlr., zur Unterhaltung
und Verpflegung der Typhuskranken in Oberrieschen die neunte Rate: 20,000
Thlr., Zuschuß zum Patronat-Baufonds: 350,000 Thlr., zur Erbauung eines
neuen Universitätsgebäudes in Königsberg die zweite Rate: 50,000 Thlr.

26) Das Staatsministerium, dessen Etat die Ausgaben für das
Bureau des Staatsministeriums, die Staatsarchive, das Staatssekretariat, die
General-Ordenskommission, die Verwaltung des Staatsarchivs, das Geheim-
Cabinet, die Ober-Rechnungskammer, die Ober-Examinationskommission
für die Prüfung zu höheren Verwaltungämtern, den Disziplinardhof und den
Gerichtshof für Kompetenzkonflikte umfaßt, schließt mit 270,825 Thlr., also
gegen den Etat für 1858 mit 23,140 Thlr. höher ab. Die Mehr-Ausgabe hat
hauptsächlich darin ihren Grund, daß von dem Etat des Ministeriums des In-
nern und zwar von dem Dispositionsfonds für die höhere Polizei, 31,000 Thlr.
zu Ausgaben für allgemeine politische Zwecke, vornehmlich in Angelegenheiten
der Presse, und von den Ausgaben der Verwaltung des Staatsarchivs und Münz-
wesens 2500 Thlr. auf den Etat des Staatsministeriums übertragen wor-
den sind. Außerdem sind Besoldungserhöhungen für die Kanzleisekretäre und
Unterbeamten eingetretten. Durch die Minderausgabe von 14,980 Thlr. für den
bisherigen Bedarf der aufgelösten Verwaltung des Staatsarchivs und Münz-
wesens wird die Mehrausgabe von überhaupt 33,120 Thlr. bis auf 23,140
Thlr., wie oben angegeben, gemindert.

27) Das Kriegsministerium ist in seinen Einnahmen auf Grund der
Fraktion der Vorjahre um 18,790 Thlr. höher veranschlagt, indem der Erfs
für unbrauchbare Dienstpferde und Artillerie-Gegenstände, die Einnahme an
Pensionsbeträgen und an Pächten und Mieten für Grundstücke sich gemehrt
hat. Die Einnahmen betragen überhaupt: 323,626 Thlr. Die Ausgaben:
30,722,528 Thlr., gegen 1858 485,061 mehr. Diese Mehrausgaben entstehen
1) durch die Gewährung der betreffenden Chargen-Gehälter, so wie durch die
Verstärkung des Beamten-Personals und der fächlichen Ausgabe von 5818
Thlr.; 2) durch das Gehalt für 2 neue Stellen für etatsmäßige Intendantur-
Sekretäre um 1200 Thlr.; und durch Verstärkung der Fonds zu fächlichen Aus-
gaben um 1978 Thlr.; 3) durch die Gewährung des Chargen-Gehalts an einen
Ingenieur-Inspektor um 1000 Thlr.; 4) durch Erweiterung der Schul-Abthei-
lung um 4 kommandirte Offiziere, 8 Unteroffiziere und 104 Jünglinge, vorläufig
um 3300 Thlr.; 5) durch die bewilligte Entschädigung für den Wegfall der bi-
sherigen Zollfreiheit an die preussische Besatzung in Mainz um 3800 Thlr.; 6)
durch Vermehrung des Offizier-Korps um 409 Hauptleute und Mittelmeister III.
Klasse um 267,193 Thlr.; 7) durch eine jetzt vorhandene größere Zahl von ag-
gregirten Offizieren um 8453 Thlr.; 8) durch die gestiegenen Kosten der Gar-
nison-Verwaltungen, Schwim- und Bade-Anstalten, der Manöver, Dierst-
wohnungen für kommandirende Generale u. um 27,560 Thlr.; 9) durch die
größeren Ausgaben für die Krankenpflege um 62,881 Thlr.; 10) durch die ge-
stiegenen Preise der Remonten um 12,044 Thlr.; 11) durch die Erhöhung der
als unzulänglich befundenen Reisekosten, Tagelöhne u. um 16,473 Thlr.; 12)
durch die Errichtung von 3 Kriegsschulen in Stelle der bisherigen 9 Divisions-
schulen und Erhöhung des Einkommens des Direktors der Allgemeinen Kriegs-
schule um 12,113 Thlr.; 13) durch einen erhöhten Zuschuß zu den Militär-
Knaben-Erziehungs-Instituten und Garnisonsschulen um 1892 Thlr.; 14) durch
Verbesserung des Einkommens des Inspektors der technischen Institute der Ar-
tillerie um 1980 Thlr.; 15) durch die Erhöhung der Fonds zu größeren Pon-
tonir-Übungen auf den Hauptströmen des Staats um 3000 Thlr.; 16) durch
die Zugänge von Pensionen in Folge einer größeren Anzahl von Pensionären
um 111,579 Thlr.; 17) durch Erhöhung des Zuschusses für die Militär-Witt-
wenkasse um 16,677 Thlr.; 18) durch die Mehrkosten der Einstellung der Land-
wehrpferde um 6500 Thlr.; 19) durch Verbesserung des Einkommens der Be-
amten u. im Ressort der Militär-Verwaltung um 95,561 Thlr.; 20) durch
verschiedene geringere Mehrausgaben um 2298 Thlr. Diesen Mehrausgaben
im Betrage von 663,300 Thlr. stehen Ausgabe-Ersparnisse mit 178,239 Thlr.
gegenüber, so daß jene sich auf die obenangegebene Summe von 485,061 Thlr.
mindern. Für die einmaligen und außerordentlichen Bedürfnisse seit der Errich-
tung der Militär-Verwaltung eine Summe von 1,620,000 Thlr. d. i. 230,000 Thlr.
zu mehr gegen das Jahr 1858 aus. Es sind davon unter Anderem bestimmt: zu
der erforderlichen Bauten, Behufs Erweiterung der Schul-Abtheilung: 30,000
Thlr., zur Deckung des Mehrbedarfs an Verpflegungs-Zuschüssen für die Trup-
pen: 500,000 Thlr., zum Neubau von Magazin- und Widerei-Gebäuden:
70,000 Thlr., zur Deckung der Mehrkosten des Tuchs gegen die Etatspreise:
90,000 Thlr., zur Ergänzung der Verluste bei den Magazinbränden in Danzig
und Berlin: 22,120 Thlr., zur Beschaffung des Zubehörs der Zündnadelwaf-
fen: 1374 Thlr., zur Ausrüstung der Eskadrons, der Landwehr-Bataillone der
Reiterei-Infanterie-Regimenter mit Karabinen: 2400 Thlr., zur Umänderung
des Gepäcks der Landwehr-Kavallerie: 4106 Thlr., zum Bau von Kasernen in
Stettin, Magdeburg, Danzig und Spandau: 200,000 Thlr., zur Anlage einer
Wasserleitung auf der Burg Hohenzollern: 936 Thlr., zur Anlage eines mili-
tär-Begräbnisplatzes in der Gohrstraße bei Berlin: 15,000 Thlr., zur Errich-
tung von 3 Kriegsschulen: 35,000 Thlr., zum Bau von Lazareth-Gebäuden in
Posen und Berlin: 60,000 Thlr., zur Deckung der Mehrausgaben bei der Re-
monte-Depot-Verwaltung: 45,000 Thlr., zur Erbauung eines Zeughauses in
Magdeburg: 16,206 Thlr., zur Erbauung von 7 neuen Pulver-Magazinen:
44,474 Thlr., zu Festungsbauten: 483,384 Thlr.

28) Die Marine-Verwaltung hat aus der Landesverwaltung des
Zade-Gebiets 19,096 und sonst 600 Thlr. Einnahme. Die Ausgaben sind auf
819,500 Thlr. (gegen 1858 um 205,114 Thlr. höher) veranschlagt. Von den
Meh-Ausgaben kommen auf die Ausrüstung einer neuen Bureaustelle und Ge-
haltserhöhungen 1330 Thlr.; auf die durch die Vermehrung von Schiffen
und die weitere Ausdehnung der Marine-Etablissements erforderliche Verstar-
kung des Militär-Personals an See-Offizieren, Kadetten, Deck-Offizieren und
Matrosen u. c.: 62,084 Thlr.; auf die erweiterte Indiensthaltung der Fahrzeuge:
40,000 Thlr.; auf die vermehrten Kosten für Krankenpflege, Unterrichtsweien u. c.:
82,890 Thlr.; endlich auf die Verwaltung des Zadegebiets: 18,810 Thlr. Zu

einmaligen und außerordentlichen Ausgaben der Marine sind im Etat
1,353,176 Thlr. (gegen 1858: 642,176 Thlr. mehr) vorgehen und zwar in
Betreff des Zadegebiets: 139,176 Thlr., zur Herstellung des Kriegshafens an
der Nordsee, zur Fortführung der Bauten: 100,000 Thlr., zu Schiffsbauten und
hierauf bezüglichen Anlagen 600,000 Thlr., zu anderen extraordinären Ausga-
ben: 14,000 Thlr.

29) Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.
Der Etat weist in der Einnahme 10,080 Thlr. (gegen 1858: 1110 Thlr. mehr)
hauptsächlich in Folge gesteigerter Konjunktur-Einnahmen in der Ausgabe 878,990
Thlr. (gegen 1858: 31,710 Thlr. mehr) nach. Die Mehr-Ausgaben sind
hauptsächlich veranlaßt durch die Errichtung eines Generalkonsulats für Persien,
durch die Wiederherstellung des Gesandtschaftspostens in Lissabon, und der Mi-
nisterresidentenstelle in Weimar, durch die Erhöhung der Dienst-Einnahme der
Gesandten in Wien, Brüssel und Athen, so wie durch die Erhöhung der bisher-
gen Ausstattung des Generalkonsulats in Alexandrien mit Rücksicht auf die er-
folgte etatsmäßige Dotierung eines besoldeten Vizekonsulats in Kairo. Die ein-
maligen und außerordentlichen Ausgaben bestehen in dem Betrage Preussens zur
Verproviantirung der Bundesfestungen Mainz, Ulm und Rastatt von 28,860 Thlr.

30) Das Finanz-Ministerium schließt in der Ausgabe mit 6,355,798
Thlr. ab und der Etat weist eine Ersparnis von 25,379 Thlr. nach, die bei dem
Zuschuß für die allgemeine Wittwen-Verpflegungs-Anstalt, an ererbigten Civil-
Staatsdiener-Pensionen, an Wartegeldern für Civilbeamte und beim Pensions-
Aussterbefonds eingetretten sind. Dagegen haben Mehr-Ausgaben hauptsächlich
in Folge von Besoldungs-Erhöhungen bei den Ober-Präsidenten und Regierungen
um 45,395 Thlr. stattgefunden. — An einmaligen und außerordentlichen
Ausgaben sind 110,000 Thlr. angesetzt, und zwar als Kosten der Vorarbeiten
zu den in Berlin zu errichtenden Denkmälern für Se. Majestät den König Fried-
rich Wilhelm III. und den Minister Stein: 10,000 Thlr., und zur Befreiung
der durch die Ausföhrung des Gesetzes über das Münzwesen entstehenden Kosten:
100,000 Thlr.

31) Das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche
Arbeiten weist in der Ausgabe 5,474,429 Thlr. (gegen 1858: 152,305 Thlr.
mehr) nach: Von den Mehr-Ausgaben kommen auf die persönlichen Ausgaben
des Ministeriums: 4480 Thlr., auf die allgemeine Erhöhung des Gehalts
und der Gehalts-Entschädigung für die Bau-Inspektoren, Kreis-, Land- und
Wasser-Baumeister: 45,549 Thlr., auf die Fonds zur Unterhaltung ungeschul-
ter Wege u. c.: 40,814 Thlr., auf den Fonds zur Unterhaltung der Staats-
Chanseen: 105,823 Thlr. Durch Ersparungen im Betrage von 46,150 Thlr.
werden diese Mehr-Ausgaben auf die oben angegebene Summe von 152,305
Thlr. gemindert. Zu einmaligen außerordentlichen Ausgaben sind, wie bereits
sah Nr. 15 angegeben und näher nachgewiesen, 2,475,000 Thlr., d. i. 1 Million
mehr als pro 1858, in Ansatz gebracht.

— [Die Berechtigung einer katholischen Frak-
tion der Abgeordneten.] Der Abgeordnete (Ober-Tribunals-
rath) Blömer hat ein offenes Schreiben: „An den Wahlkreis Mont-
joie, Malmedy, Schleiden“ (Aachen, Verlag von Mayer) gerichtet,
welchen er auch jetzt wiederum im Hause der Abgeordneten vertritt.
Die Absicht des Verfassers ist, „den erheblichsten Beschuldigungen,
welche gegen seine angeblichen Verlegungen der katholischen Inter-
essen öffentlich erhoben worden sind, die thatsächliche Wirklichkeit
gegenüberzustellen“; zu welchem Ende derselbe insbesondere auf
seine Kammerreden und Abstimmungen über das Gescheidungs-
gesetz und über die von einer Seite beantragte Theilung der Straf-
anstalten nach konfessionellen Rücksichten zurückgeht, indem er nur
bei diesen beiden Gelegenheiten (und nicht, wie seine Gegner be-
haupten, „gewöhnlich“) gegen die katholische Fraktion des Abge-
ordnetenhauses gestimmt hat. Herr Blömer gehört bekanntlich zu
denjenigen Abgeordneten, welche sich darum, weil sie geborne Ka-
tholiken sind, noch nicht verpflichtet halten, der katholischen Fraktion
beizutreten; im Gegentheil ist seine, glücklicherweise vom größten
Theile des preussischen Volkes getheilte Ueberzeugung, daß in einer
aus den Wahlen „einer einzigen und einigen bürgerlichen Staats-
gemeinschaft“ hervorgegangenen Landesvertretung eine konfessionelle
Scheidung durchaus nicht am Orte, ja daß eine solche Scheidung „ein
prinzipieller Abfall und eine in sich verbotene Ablösung der Theile vom
Rechtshoden des Ganzen ist.“ Leider ist die Hoffnung, daß es in dem
jetzigen neuen Hause keine „katholische Fraktion“ mehr geben werde, zu
der unerfreulichen Erfüllung zusammengekommen, daß diese Fraktion
nur ihren alten Namen mit einem neuen verkauft, ihren Bestand
und ihre Grundsätze aber bewahrt hat.

— [Die Seminarien.] Das Wachsthum der Bevölke-
rung macht die Vermehrung der Schulen notwendig. Mit beson-
derer Aufmerksamkeit hat deshalb die königl. Staatsregierung die
Vermehrung und Erweiterung der die Volksschulen ausbildenden
Seminarien wahrgenommen. Seit dem Jahre 1850 sind derglei-
chen Anstalten neu eingerichtet: in der Provinz Brandenburg zu
Köpenick, wohin das Seminar aus Potsdam verlegt ist; in Schle-
sien zu Münsterberg, Steinau und Kreisburg; in Sachsen zu
Güterwerda und Barby, wohin das Seminar aus Magdeburg verlegt
ist; außerdem ist ein Lehrerinnen-Seminar zu Droyßig errichtet;
in der Rheinprovinz kleine Neben-Seminare zu Traben und Baum-
holder. Erheblich erweitert sind die Seminare in Karalene und
Königsberg (Preußen), Bunzlau (Schlesien), Bromberg (Posen),
Gardelegen (Sachsen), Petershagen (Westfalen). Gegenwärtig sind,
dem „Centralblatt der Unterrichtsverwaltung“ zufolge, in gesicher-
ter Vorbereitung und Ausführung begriffen die Neubauten für
die Seminarien in Pr. Eylau, Dranienburg, Osterburg, Neuwied.
Die Errichtung eines Seminars steht in Drossen (Regierungsbezirk
Frankfurt) bevor.

— [Obertribunals-Entscheidungen.] Das neueste (6.)
Heft des „Archivs für preussische Strafrecht“ veröffentlicht fol-
gende in weitem Kreise interessante Entscheidung des Ober-Tri-
bunals über Stempel-Kontravention: Ueber den Verkauf eines
Grundstücks war eine Punktion aufgenommen und das Geschäft
unter Bedingungen abgeschlossen. Letztere wurden nicht erfüllt, der
Verkauf deshalb aufgehoben und die Punktion, und zwar inner-
halb vierzehn Tage nach ihrer Errichtung, vernichtet, ohne daß ein
Stempel zu derselben verwendet worden. Auf Anklage wegen Stem-
pel-Kontravention wurden die Beteiligten in den beiden ersten
Instanzen freigesprochen, vom Ober-Tribunal am 1. Oktober v. J.
aber verurtheilt, aus folgenden Gründen: Die Punktion sei voll-
ständig legal und deshalb stempelpflichtig gewesen. Für die Stem-
pelpflichtigkeit sei es gleichgültig, ob ein Vertrag zur Ausführung

komme oder nicht, ob er wieder aufgehoben werde oder nicht. Dieselbe trete sofort mit der Vollziehung der Urkunde ein und nicht erst nach der 14-tägigen Frist, welche das Gesetz für die Nachbringung des Stempels freigelassen. Sei die Urkunde einmal vollzogen, gleichviel ob später vernichtet oder nicht, und der Stempel in der 14-tägigen Nachfrist nicht nachgebracht, so liege der vollendete Thatbestand einer Stempel-Konvention vor.

Königsberg, 29. Jan. [Reisende Finanznotabilitäten; Magistrat und Polizei.] Am 24. d. trafen hier zwei Finanznotabilitäten ein, Herr Sillem, Chef des Hauses Hope in Amsterdam, und Herr Baring, vom Hause Baring Brothers u. Comp. in London. Die genannten Herren setzten gemeinschaftlich ihre Reise nach Petersburg fort. — Eine Differenz zwischen dem Magistrat und dem Polizeipräsidenten ist durch eine in diesen Tagen ergangene Entscheidung des Ministers des Innern zur Lösung gekommen. Es handelte sich nämlich um die Oberleitung unserer neu organisierten Feuerwehr, welche der Präsident Maurach, der für Gründung und Weiterbildung dieses Instituts sich sehr wirksam gezeigt hatte, den städtischen Behörden gegenüber in Anspruch nahm. Dieser Ansicht trat auch die Bezirksregierung bei, aber auf eingelegte Beschwerde hat der Minister, im Interesse der größtmöglichen Selbstverwaltung der Kommune, die entgegenstehende Entscheidung getroffen. (R. 3.)

Kolberg, 29. Jan. [Verbindungsbahn.] Die hiesigen Stadtverordneten haben eine Kommission ernannt, die die Eisenbahnverbindung von Kolberg mit Posen, Westpreußen und Posen in jeglicher Weise fördern soll. — Es handelt sich dabei um die von Kolberg über Schneidemühl nach Posen oder, falls diese Bahn nach Herstellung der Posen-Bromberger Bahn vom Staat nicht unterstützt werden sollte, um eine Bahn von Kolberg nach Bromberg. (3. f. P.)

Oesterreich, Wien, 28. Jan. [Die Situation.] Die Projekte zur Zusammenberufung eines neuen europäischen Kongresses, welche in französischen und englischen Blättern zur Abfertigung der zwischen Frankreich und Oesterreich schwebenden Schwierigkeiten und zur Regelung der italienischen Frage empfohlen werden, begegnen in der österreichischen Presse einem entschiedenen Widerspruch. Nachdem schon die „Presse“ und die „Öst. Post“ in diesem ablehnenden Sinne sich geäußert hatten, auch wenn London zum Sitz der Konferenz erwählt und das sogenannte englische Projekt die Grundlage der betreffenden Verhandlungen bilden sollte, erklärt jetzt die „Öst. Z.“ am Schlusse eines längeren Artikels: „Nicht durch Kongresse, welche die Verträge zerstören wollen, sondern durch Achtung vor denselben kann der Friede erhalten werden, freilich muß diese Achtung nicht nur in Worten ausgedrückt, sondern auch durch die That bewiesen werden.“ — Was die italienische Reformfrage anbelangt, so bemerkt die „Ö. Z.“: „Es wird schwer sein, eine Thatsache anzuführen, aus der man schließen könnte, daß Oesterreich notwendigen und nützlichen Reformen in Italien sich feindelig zeige. Es wird leicht sein, Thatsachen, viele Thatsachen, sprechende und unzweideutige Thatsachen anzuführen, um die Unablässigkeit und Ausdauer zu zeigen, mit welcher Oesterreich bemüht war, solchen Reformen Eingang zu verschaffen. Man verwechsle die Begriffe nicht. Ein anderes ist die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit solcher Reformen und ein anderes die Wahl der Mittel, um sie herbeizuführen.“ Man kann nun allerdings nicht in Abrede stellen, daß die österreichische Regierung redlich bemüht ist, der Schwierigkeit ihrer Lage in Italien auf möglichst wenig gewaltsame Weise Herr zu werden, wie sie jetzt selbst in diesen kritischen Momenten Beweise großer Mäßigung gegeben hat; aber es liegt nun einmal in der Natur der Sache, daß ihr guter Wille durch die Verhältnisse paralysirt wird. Im Uebrigen schreibt man der „Ö. B. H.“, daß die Rüstungen Oesterreichs ununterbrochen ihren Fortgang nehmen und daß von Seiten des kaiserlichen Kabinetts mit befreundeten Regierungen Verhandlungen eingeleitet werden, deren Zweck es sein soll, der Stellung Oesterreichs für gewisse Eventualitäten noch solidere Stützpunkte zu verleihen. (Pr. 3.)

[Die evangelischen Unterrichtsanstalten Ungarns.] Der im September v. J. zu Moskau abgehaltene Distriktskonvent der evangelischen Superintendenten dieses der Donau beifolgt betreffs der Deffentlichkeitsfrage der evangelischen Unterrichtsanstalten in Ungarn eine Immediate-Eingabe an den Kaiser. In derselben wird der Standpunkt, welchen die evangelische Kirche Ungarns in der vielentstandenen Frage der Deffentlichkeit ihrer Schulen einnimmt, in bestimmter Weise bezeichnet. Die „Presse“ welche den Wortlaut dieser Adresse mittheilt, bemerkt noch, daß der erwähnte Konvent aus Vertretern der Senariate Arva, Eiptau, Neutra, Presburg (Stadt- und Komitats-Senariate), Trentschin, Thurocz, Wieselburg bestand, und eine Anzahl von beiläufig 170,000 evangelischen Seelen repräsentirte. Es heißt nun in der Adresse nach den betreffenden Eingangsworten:

„Der 26. Gesetzsatz vom Jahre 1791, welcher die Religionsübung des evang. Ungarns überall für eine öffentliche erklärt, ertheilt demselben zugleich das Recht, nach Bedarf Schulen aller Art, niedere und höhere, von öffentlichem Charakter, was ein natürliches Postulat der öffentlichen Religionsübung ist, zu errichten und zu befehlen. Auch genossen unsere Schulanstalten den ihnen gesetzlich verliehenen und gewährleisteten Charakter der Deffentlichkeit bis zum Jahre 1850 unbeanstandet im vollen Maße. In letztem Jahre jedoch gerieth es Eurer k. k. Apostolischen Majestät Ministerium für Kultus und Unterricht, jenen Charakter unseren höheren Lehranstalten im Allgemeinen zu benehmen, und nur jenen unter ihnen, welche auf gewisse, von Seiten gedachten Ministeriums aufgestellte Bedingungen eingehen würden, denselben als ein neues Recht zu verleihen. Die evang. Kirche Ungarns hat sich nie getraut, ihre Unterrichtsanstalten auf der Höhe der Zeit zu erhalten. ... Auch glaubt sie, mit gutem Gewissen sich darauf berufen zu können, daß ihre Schulanstalten zu keiner Zeit jenen der übrigen Konfessionen im Vaterlande nachstanden. ... Als von Seite Ew. Majestät Kultusministeriums eine neue, dem vorhin, namentlich in den römisch-katholischen Schulen geltenden Lehrsysteme (was wir gern anerkennen wollen) unendlich überlegene Norm des Unterrichts aufgestellt wurde, beilegte sich auch unsere Kirche mit Anstrengung aller ihrer Kräfte und Darbringung schwerer Opfer, jener Norm die Unterrichtsweisen anzupassen. Wenn jedoch im Verlaufe der mit allem Eifer betriebenen Umgestaltung an einzelne unserer Schulen das Verlangen gerichtet wurde, daß sie, um das ihnen entzogene Deffentlichkeitsrecht wieder zu erlangen, auf Bedingungen eingehen, durch deren Erfüllung ihr Verband mit der Kirche, ihrer Pflanzstätte und Erhalterin, gelodert, ja in gewisser Beziehung ganz aufgehoben worden wäre, so können wir es nur billigen, wenn sie hier die Grenze vor sich haben, die sie nicht überschreiten dürfen, ohne ihre Pflicht gegen die Gesamtheit zu verletzen und die schwerste Verantwortung auf sich zu laden. Wir stehen inständigst, uns durch Bewilligung der wiederholt erbetenen, beifälligen Synode die Möglichkeit zu bieten, auch die Frage des öffentlichen Unterrichts einer eingehenden Erörterung und Beschlussfassung zu unterziehen, und insbesondere die Stellung unserer Schulanstalten zum Staate mit Rücksicht auf die Gesetze Ew. Majestät, in diesem einzig kompetenten Wege feststellen zu dürfen, bis dahin aber Allergnädigst anzubefehlen, daß unseren Schulanstalten, und namentlich der hervorragendsten unter ihnen, der im Schooße

unserer Superintendenten befindlichen Presburger Schule, das ihnen gesetzlich gebührende, jedoch seit nahezu einem Jahrzehnd vorenthaltene Deffentlichkeitsrecht zurückgegeben werde.“

[Preußens Mission im Fall eines französisch-österreichischen Krieges.] Die „Öst. Post“ schreibt, indem sie die Stellung der einzelnen Staaten zu den schwebenden Tagesfragen erörtert: „Kann es in der Politik Preußens und der übrigen deutschen Staaten liegen, Oesterreich abzuweichen zu sehen, den einen Arm Deutschlands durch eine Verbindung kaiserlich-französischer mit revolutionären italienischen Heeren müde zu machen? Wir hoffen mit Zuversicht, wenn der Himmel uns so schwer heimsuchen sollte, daß es auf den lombardischen Ebenen zu einem Kampfe zwischen Frankreich und Oesterreich kommen würde, daß die Ehre unserer Waffen sich heute ebenso bewähren wird, wie zur Zeit, wo der greise Feldherr, den wir im vorigen Jahre verloren, die Schlachtordnung entwarf. Aber wenn das Glück vorübergehend uns einen Augenblick den Rücken lehrt, wenn Frankreich einen Feldzug des Sieges für sich hätte, wie würde Deutschland seinen Druck fühlen, wenn es schon jetzt der Schiedsrichter der Welt sein will? Wir malen das Bild nicht aus, denn der erste Weg zum Siege ist der Glaube an denselben, und hoffentlich siegt in dieser schweren Stunde die Vernunft und erparnt den Waffen ihren traurigen, wenn auch ritterlichen Wettstreit. Der Vernunft, der Ernüchterung, dem Friedensbestand zum Siege zu helfen, dies liegt heute in den Händen der deutschen Mächte und vor Allem in der Macht Preußens. Was in Berlin in dieser Richtung geschieht, wissen wir nicht. Aber daß das Rechte und Gute geschehen wird und muß, davon sind wir überzeugt, denn es ist nicht etwa bloß für Oesterreich, nicht bloß für Deutschland, es ist für Preußen selbst eine große Schicksalsfrage, über welche jetzt in Paris unter dem Namen eines Kampfes gegen uns die Würfel geworfen werden. Preußens voller und ganzer Ernst kann das frivole Spiel verhindern, mit welchem Oesterreich scheinbar in erster Linie, in Wahrheit aber ganz Europa bedroht ist.“

Mailand, 25. Januar. [Unglücksfall; Karneval.] Vorgestern verunglückten auf dem Teiche bei No fünfzehn Knaben, die sich dort belustigten; sie konnten leider nicht mehr gerettet werden. — Der Karneval nimmt seinen Fortgang in eben so heiterer Weise als vollkommen ungestörter Ordnung und Ruhe.

Bayern, München, 28. Jan. [Ein Rückblick.] Der XIX. bayerische Landtag, dessen Sitzungen so eben eröffnet worden, steht einer bedeutenden und schweren Aufgabe gegenüber. Zum Verständniß der Situation ist ein Rückblick auf die Begebenheiten der letzten Jahre unerlässlich. Das gegenwärtige Ministerium, dessen bekannteste und in neuerer Zeit einflussreichste Persönlichkeit Hr. v. d. Pforsden ist, besteht von einigen politisch nicht wesentlichen Veränderungen abgesehen, seit dem Frühjahr 1849. Es fand in der Abgeordnetenversammlung, die aus den Wahlen desselben Jahres hervorging, eine seiner konservativen Politik geneigte Mehrheit, an deren Spitze der Märzminister Hr. v. Lerchensfeld, der Graf Hegnenberg und der pfälzische Advokat Dr. Weiss standen. Die genannten Männer, auch in die gegenwärtige Kammer gewählt, sind auf allen Landtagen die Führer der Majorität geblieben. Nur hat sich diese im Laufe der Zeit aus einer ministeriellen in eine oppositionelle Partei verwandelt: nicht zufolge eines Ministerwechsels, sondern gegenüber derselben Verwaltung, der sie Anfangs so entschieden zur Seite stand. Dr. Weiss, dem einige Jahre nach seinem Eintritt in die Kammer eine Professur in Würzburg zu Theil wurde, ist jetzt vom Lehrstuhl entfernt, damit er die Jugend nicht in nachtheilige Richtungen führe. Die ersten Reime des Zweipaltes traten auf dem Landtage von 1852 hervor. Zu einer Zeit, wo das Land in politische Leihzage versunken war und den Führern der Mehrheit das Bedürfnis sich aufdrängte, den öffentlichen Geist eher zu beleben, als zu lähmen, beharrte die Regierung auf dem Standpunkt, den sie unter den Konstellationen des Jahres 1849 eingenommen hatte. Sie forderte Beschränkungen des Schwurgerichts, Verschärfung des Preßgesetzes und ähnliche Maßregeln. Sie versagte vor Allem den Vollzug eines Gerichtsverfassungsgesetzes, das u. A. die Trennung der Justiz von der Administration angeordnet hatte, und die peinlichsten Verhandlungen über diesen Gegenstand wiederholten sich in drei aufeinander folgenden Sitzungsperioden. Dazu kamen Differenzen über den Staatshaushalt, über die Handhabung der Polizei und über eine Bundespolitik, die vom Anbeginn die Billigung der Majorität nicht gehabt hatte. Die Behandlung einiger Gesetzgebungsmaterien von höchster Wichtigkeit steigerte den Zwiespalt. Schon durch die Verfassungsurkunde war dem Lande ein gemeinsames Civil- und Civilprozeß-, Straf- und Polizei-Gesetzbuch zugesichert, im Jahr 1848 diese Verheißung erneuert, eine lange Reihe von Entwürfen wirklich ausgearbeitet, aber immer wieder zu den Akten gelegt oder aus den Händen der Ausschüsse zurückgenommen worden. Endlich im Jahre 1856 konnte der Gesetzgebungs-Ausschuss an die Verathung eines Straf- und Polizei-Gesetzbuches Hand anlegen. Aber das letztere war abermals in dem Geiste entworfen, der die ganze Politik des Ministeriums bis dahin geleitet, die Spaltung herbeizuführen und erweitert hatte. Auch an den Entwurf des Strafgesetzbuches knüpften sich vielfache Meinungsverschiedenheiten, die jedoch in allmätiger Ausgleichung begriffen schienen, als der Kommission plötzlich ein Ultimatum vorgelegt und ungeachtet der vielfachen Zugeständnisse, zu welchen sie sich verstand, ihre Entlassung ausgesprochen wurde. Der Gesetzgebungs-Ausschuss kann, wie es hier der Fall war, auch außerhalb einer Sitzungsperiode, von der Staatsregierung einberufen, verlagert und entlassen werden. Dies geschah im Frühjahr 1858. Der Ausschuss war aus den angesehensten Mitgliedern der Kammermehrheit unter dem Vorstehe des Kammer-Präsidenten Grafen Hegnenberg gebildet. In die Verhandlungen zwischen ihm und dem Ministerium war nach und nach eine Bitterkeit gekommen, die den Bruch allerdings als unvermeidlich erkennen ließ. Dieser erfolgte in sehr ekklatanter Art, unmittelbar nach dem Schlusse der Ausschusssitzungen wurde über Professor Weiss, den Ausschuss-Referenten für das Strafgesetzbuch, die oben erwähnte Maßregel verhängt. Im Monat September trat der Landtag zusammen. Dr. Weiss war in den Jahren 1850—1855 zweiter Präsident der Abgeordnetenversammlung gewesen und war 1855 nur deshalb von einem seiner Freunde, Advokat Dr. Paur, ersetzt worden, weil er zur Zeit der Präsidentenwahl der neuen Kammer noch nicht angehört. Jetzt fiel die Wahl mit ansehnlicher Mehrheit wieder auf ihn. Er wurde gewählt nicht wegen, aber ungeachtet der Maßregel, durch welche die Regierung ihn ihre Unzufriedenheit hatte fühlen lassen. Der

Grund der Regierung, ihn seiner Professur zu entheben — die Besorgnis, er möchte als Universitätslehrer die Jugend in nachtheilige Richtungen führen — konnte kein Grund für die Kammer-Majorität sein, ihm ihr bisheriges Vertrauen zu entziehen. Denn seine politische Richtung war die der Majorität; die Kammer mußte fürchten, sich selbst zu verläugnen, wenn sie den Mann verleugnete, der ganz allein durch Vertretung ihrer Grundsätze das Mißfallen der Staatsregierung auf sich gezogen hatte. Die letztere, von einer andern Anschauung ausgehend, fand in dieser Wahl Veranlassung genug, den Landtag aufzulösen. In offiziellen Artikeln der „Neuen Münchener Zeitung“ wurde die aufgelöste Kammer eines verfassungswidrigen Uebergriffes in die Sphäre der Staatsgewalt bezichtigt. „Sie hat durch diese Wahl Kritik und Opposition geübt gegen die Ausübung unbestrittener und höchwichtiger Kronrechte (gegen die Verletzung des Prof. Weiss), sie hat damit die Nichtbeachtung der obersten Regierungs-Autorität fundgegeben und eine Stellung eingenommen, deren Anerkennung den Grundcharakter und das Wesen unserer ganzen Verfassung alteriren würde.“ Die neugewählte Kammer, die alle Notabilitäten der bisherigen Mehrheit wieder in ihrer Mitte hat, mit Einschluß des dreifach gewählten Appellationsrathes Weiss, steht sich unter diesen Umständen so gleich an der Schwelle ihrer Thätigkeit dem schwierigsten Problem gegenübergestellt. An die Präsidentenwahl ist ein politisches Princip geknüpft worden, vor dessen Bedeutung sein zufälliger Träger in den Hintergrund tritt. Die Kammer ist aufgefordert, sie ist genöthigt, sich darüber zu erklären, ob sie die freie Wahl ihrer Vertrauensmänner als ein verfassungsmäßiges Recht in Anspruch nimmt, oder ob sie im Gegentheil das Princip als begründet anerkennt, das in den Motiven der Aufhebungsmaßregel ausgesprochen ist. Die Krone und das Land haben ein Recht auf diese Erklärung: die erstere, nachdem sie an das Land appellirt hat, um seine Meinung über das Verhalten der aufgelösten Kammer zu hören, und das letztere, nachdem es die angeordnete Neuwahl vorgenommen hat, um durch seine jetzigen Vertreter zunächst auf die gestellte Frage zu antworten. Die einfachste Billigung der vorigen Präsidentenwahl liegt in ihrer Wiederholung; der einfachste Ausdruck der Mißbilligung wird es sein, wenn die Kammer ein anderes, mit dem Mißfallen der Regierung nicht ausdrücklich bezeichnetes Mitglied zu jenem Ehrenamt beruft. Es geht aber aus dieser einleitenden Darstellung hervor, daß der Zwiespalt zwischen Regierung und Volksvertretung in dieser Wahlfrage nur seinen greifbarsten Ausdruck erhalten hat. In Wahrheit durchdringt er das ganze Staatsleben, wiederholt sich in jeder bedeutenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsfrage, die das Gebiet der ständischen Wirksamkeit berühren kann. So wenigstens war die Sachlage in den letztverfloßenen Jahren. Aus dem Ergebnisse der Präsidentenwahl wird sich daher allerdings auch ein Schluß ziehen lassen auf die Stellung der neuen Kammer zu den herrschenden Regierungsgrundsätzen überhaupt. Die Mitglieder, die dem früheren Präsidenten ihre Stimme geben, werden voraussichtlich dem ganzen System mißbilligend gegenüberstehen. Weniger zuverlässig wäre die umgekehrte Folgerung; denn unter den der Wahl des Dr. Weiss Abgeneigten befinden sich Gegner der Regierung, die nur Bedenken tragen, sogleich in dieser ersten Frage den Konflikt in seiner ganzen Schroffheit hervortreten zu lassen.

Frankfurt a. M., 29. Jan. [Bundestags-Sitzung; Herr v. Bismarck.] In der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung sind erhebliche Angelegenheiten zur Verhandlung gekommen. — Für die Dotation der Bundesfestungen Rastatt und Ulm wurde eine vorläufige Zahlung von 40,000 Fl. wie auch früher bewilligt, um die erforderlichen Bedürfnisse decken zu können. — Außerdem reichten mehrere Regierungen die jährlichen Nachweisungen über den Stand ihrer Bundeskontingente ein. — Ueber die von der Nürnberger Konferenz vorgeschlagenen Modifikationen der deutschen Wechselordnung haben in Folge der Ausfühsanträge mehrere Staaten ihre Vota abgegeben. — Für die Frankfurter Bundesgarnison ist eine Bade- und Schwimmanstalt seit einigen Jahren eingerichtet, und sind die Ausgaben für dieselben genehmigt. — Ueber die Unterstützungsgeluche mehrerer Unterbeamten des Bundes ist von dem Ausschuss Vortrag erstattet und die Abstimmung darüber ausgesetzt. — Endlich hat die Reklamationskommission den gewöhnlichen Geschäftsbericht über die im vorigen Jahre eingegangenen und erledigten Privatangelegenheiten erstattet. Der k. preuß. Bundestagsgesandte, Herr v. Bismarck, ist heute von Berlin hier angekommen. (P. 3.)

[Pferdetransporte.] In den letzten Tagen sind viele Kuppelpferde hier durchgekommen, die aus Mecklenburg kamen und nach Frankreich gingen. Auch aus Ludwigshafen wird das Durchgehen starker Pferdetransporte nach Frankreich gemeldet. (R. 3.)

Hamburg, 28. Jan. [Die Religions- und Gewissensfreiheit in den deutsch-dänischen Herzogthümern.] Die bis auf den heutigen Tag dort zur Anwendung kommende Legislation geht von dem Standpunkte der Alleinberechtigung der evangelisch-lutherischen Kirche aus. Alle Einrichtungen des Staates, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, sind von diesem Standpunkte aus geregelt. Die römisch-katholische und die reformirte Kirche werden wie mit dem geringsten Maße von Rechten geduldete Sektanten behandelt. Nur an den wenigen Orten, für welche eine besondere Konzession hiefür ertheilt ist, darf der Kultus dieser Kirchen zur Ausübung kommen. Außerhalb dieser Ortschaften müssen die Geistlichen dieser Kirchen sich jeder Amtstätigkeit enthalten, und damit nicht durch auswärtige benachbarte Geistliche ausgeholfen werde, ist in einer Verordnung vom 6. April 1726 ausdrücklich festgesetzt: „Weil die Katholiken und Reformirten sich herausnehmen, ihre Lehrer aus Lübeck und Hamburg auf ihre Höfe und Häuser zu fordern, wider die alten Konstitutionen, da ihnen nur die dazu privilegierten Städte angewiesen worden, ihr Exerzitium religionis allda zu treiben: so soll ihnen hienit auferlegt und verboten sein, ihre katholischen und reformirten Priester aus Hamburg und Lübeck zu sich auf ihre Höfe und Häuser kommen zu lassen, es wäre denn, daß sie selbst oder Jemand von ihrer Familie mit schwerer Krankheit belegt werde. So ist auch S. Königl. Majestät allergnädigster Wille, daß die Magistrate in denen Städten, ausgenommen Altona, Glückstadt, Friedrichstadt und Rendsburg, Niemanden der römisch-katholischen und reformirten Religion oder anderen Sektanten Zuerhaußen ohne Vorfrage das Bürgerrecht ertheilen, noch selbige als Bürger bei sich

dulden; denjenigen aber, die bereits in einer oder andern Stadt wirklich wohnen, gestatten Sie allergnädigst, bis weiter daselbst zu bleiben." Das hierin ausgesprochene Verbot, die Angehörigen der römisch-katholischen und der reformirten Kirche zum Bürgerrechte zuzulassen, ist freilich unterm 20. Oktober 1818 aufgehoben; im Uebrigen aber werden die Bestimmungen des Erlasses vom 6. April 1726 fortwährend in Anwendung gebracht, und noch neuerlich ist der katholische Pfarrer zu Kiel auf Grund derselben darüber zur Rechenenschaft gezogen worden, daß er im September v. J. in der Privatkapelle eines katholischen Gutsbesizers katholischen Gottesdienst abgehalten habe. Der Druck, welcher auf den Katholiken und Reformirten in solcher Weise liegt, ist nahezu unerträglich. Es war eine gewiß nicht unbillige Erwartung, daß bei jetzt beabsichtigter Regelung der Verfassungsverhältnisse der Herzogthümer solchen Uebelständen abgeholfen werden würde. Diese Erwartung war um so begründeter, als im Königreiche Dänemark durch die Bestimmungen der Verfassungsurkunde vom 5. Juni 1849 ein so erfreulicher Schritt zu völliger Religions- und Gewissensfreiheit geschehen ist. Diese Erwartung aber ist bitter getäuscht worden. Der §. 7 des den Ständen des Herzogthums am 3. d. M. vorgelegten Verfassungsentwurfs lautet: „Die evangelisch-lutherische Kirche ist die Landeskirche Anses Herzogthums Holstein. Ihre Einkünfte dürfen nicht geschmälert, nur zu den Zwecken dieser Kirche verwandt, und sollen, insofern es zu deren vollständiger Erfüllung erforderlich ist, aus den Intraden des Herzogthums ergänzt werden. Die Geistlichen dieser Kirche sollen an der Beaufsichtigung und Verwaltung des Schul- und Armenwesens auch in Zukunft in angemessener Weise Theil nehmen." Von der römisch-katholischen und von der reformirten Kirche ist mit keiner Silbe die Rede. In Beziehung auf diese Kirchen würde also der alte Druck fortauern, wenn der vorgelegte Verfassungsentwurf ohne Abänderung zum Gesetze erhoben würde. Aber wir wagen zu hoffen, daß dies nicht geschehen wird. Ganz Deutschland ist für die Rechte der Herzogthümer eingetreten. In den Grundgesetzen Deutschlands wurzelt das Prinzip völliger Parität der christlichen Kirchen. Wir haben schon erwähnt, welcher erheblicher Schritt zur völligen Religions- und Gewissensfreiheit im dänischen Grundgesetze vom 5. Juni 1849 geschehen ist. Ist es sonach möglich, in den Herzogthümern zurückzubleiben? Wir glauben das nicht, müssen vielmehr annehmen, daß die holsteinische Ständeverammlung den proponierten §. 7 nicht annehmen, vielmehr geneigt sein werde, denselben durch die Bestimmungen der §§. 12 u. f. der preussischen Verfassungsurkunde zu ersetzen. (R. 3.)

Hamburg, 29. Jan. [Verfassungsreform.] Heute hat eine überaus zahlreiche Bürgerversammlung in der Tonhalle nach zweistündiger Berathung die von dem Fünferausschusse entworfene Supplik an den Senat angenommen. Dieselbe verlangt zur baldigen Einführung der Verfassung von 1850 aufzufordern und zu deren Ermöglichung die sofortige Einberufung einer neuen Bürgerschaft zu veranlassen, um mit dieser transitorische Gesetze zu beraten, mittelst deren die Verfassung nach vorhergegangener Abänderung der vom Bunde geforderten zwei Punkte unverzüglich einzuführen ist.

Holstein. Isehoe, 27. Jan. [Petition um Erhaltung der Rendsburger Werke.] Eine von dem Präsidenten angemeldete Petition des Herrn Karl Baumeister in Rendsburg lautet folgendermaßen: „Während die Gesamtstaats-Verfassung in Bezug auf Holstein suspendirt ist, verfügt der Gesamtstaatsminister des Krieges die Errichtung eines Befestigungswerkes in der Mitte der Stadt Rendsburg. Am 28. Dez. ist von der k. Ingenieur-Direktion die Demolirung verschiedener Wälle, so wie der Aufbau neuer Befestigungswerke in der Altstadt öffentlich mindestens veranlaßt worden. Von der in der Altstadt, an dem diese von der Neustadt (Neuwerk) trennenden Eiderarme belegen, Bastion „Holstein“ soll ein Wall mit Brustwehr für Artillerie und Infanterie aufgeführt werden. Brustwehr und Schießcharten dieses von der Unter-Eider bis an die Ober-Eider (gerade in der Linie, wo die dänischen Mitglieder der Grenz-Regulirungs-Kommission die Grenze ziehen wollten zwischen Holstein und Schleswig) hinlaufenden Walles sind gegen Neuwerk und die von Süden kommende Eisenbahn gerichtet. Wiewohl nun aus den öffentlich ausgelegten gemeinen Plänen nicht zu ersehen, wenn die eigenthümliche Richtung der neuen Befestigung gilt, so werden die Bewohner Rendsburgs dennoch von Kummer erfüllt bei dem bloßen Gedanken der Zerstörung ihrer Stadt in zwei Theile, und bemächtigt gerechte Entrüstung sich derer, die in jener neuen Befestigung lediglich das Werkzeug zu nutzloser Verwüstung erblicken. Rendsburg zeichnet sich aus vor anderen Städten des Landes durch die trostlose Debe der Umgebung, wie auch durch die herrlichen Alleen inmitten der Stadt. Die schönsten dieser 200jährigen Bäume werden rasirt werden müssen, damit die Kanonen auf der befestigten Linie zwischen Altstadt und Neustadt offenes Terrain und freien Spielraum gewinnen. Und das ist noch nicht Alles! Die Thatsache der Einverleibung der jenseits der Eider belegenen Dörfer des Amtes Rendsburg und des Terrains des ehemaligen Kromwerks in Schleswig, zu welchem Herzogthum die Altstadt Rendsburgs bereits in vollamtlicher und postlicher Hinsicht gerechnet wird, erregt in Verbindung mit der des zu errichtenden Grenzalles die Befürchtung, daß letzterer Maasregel die Losreißung der Altstadt von Neuwerk und somit von Holstein als vollendete Thatsache folgen werde. Solches Unheil von der Stadt abzuwenden, liegt weder in der Macht der Bürger, noch der städtischen Behörden; denn einestheils ist der vorläufige Schauplatz der Verwüstung Festungsgrund, und andertheils fehlt für eine Beschwerde der Stadtgemeinde das Forum. Aber die peinliche Lage der Bewohner Rendsburgs, gegenüber der mit jedem Tage in Angriff genommen werden kommenden Ausführung des Verwüstungswerks, läßt zur Abwehr des Unheils den allein noch möglichen Weg finden, den Weg an die holsteinische Ständeverammlung mit der ehrerbietigen Bitte: die Stadt Rendsburg in bezogener Hinsicht vertreten und gegen die vorerwähnten Maasregeln des gesamtstaatlichen Kriegsministers schützen zu wollen. Diese Bitte der hohen Ständeverammlung vorzutragen, erlaubt sich der unterzeichnete Bürger der Stadt Rendsburg, in der Ueberzeugung, im Geiste seiner Mitbürger zu handeln, die von einmüthiger Bitte lediglich abgehalten werden durch das die Ausübung des Verfassungs- und Petitionsrechts verbietende Gesetz.“

Sächs. Herzogth. Weimar, 28. Jan. [Konfessionelles.] Aufsehen erregt ein in der Kirche zu Glosa vom dasigen

Ortsgeistlichen jüngst vorgenommener Akt, welcher darin bestand, daß ein der unierten Kirche angehöriger Preuze, am Schlusse des Gottesdienstes vor den Altar trat und bei noch versammelter Gemeinde auf Befragen des Pfarrers sich zu der von demselben empfangenen Lehre bekannte, seinen bisherigen Vorurtheilen Feindschaft entsagte und sodann in die lutherische Kirche aufgenommen wurde. Die dem Pfarrer vorgelesene Superintendentur hat eine nähere Erörterung des Vorganges angeordnet. Ueber das Verhältniß zwischen der lutherischen und konfirmirten Konfession im Großherzogthum bemerkt ich, daß reformirte Gemeinden sich nur in den ehemals kurhessischen Bezirken finden, sporadisch aber fast überall, besonders in den beiden Hauptstädten Weimar und Eisenach, Mitglieder der reformirten Konfession wohnen, und im Jahre 1818 die Vereinigung der lutherischen und reformirten Gemeinden in der Hofkirche zu Weimar stattfand, während später ein Gleiches in der Nikolaikirche zu Eisenach eintrat. Die evangelische Landeskirche umfaßt mithin die Glieder beider Konfessionen. (Sp. 3.)

Schleswig, 26. Jan. [Dänenthum und materielle Interessen.] Im Kieler Umschlag (Jahresgeldtermin) ist für holsteinische Hypotheken Geld genug zu billigen Zinsen zu haben gewesen, für schleswigsche nur, soweit deutsche Beamte fungirten, währte Anleihen in völlig befriedigenden Realitäten unbedingt abgelehnt wurden, wo die Hypothekenbücher von dänischen Beamten geführt werden. Man erklärte unvoholen, daß man den dänischen Aktuarien die nöthige Kenntniß der etwas verwickelten schleswigschen Gesetzgebung darüber, so wie überhaupt den dänischen Rechtsbeamten, die nur in Kopenhagen studirt haben, die erforderliche Kunde zur Anwendung der Gesetze nicht zutraue. So muß das Land auch in diesem seinem materiellen Interesse die Herrschaft der Dänen empfinden. (S. M.)

Großbritannien und Irland.

London, 27. Jan. [Die „Times“ gegen den Vorschlag eines europäischen Kongresses.] Die „Times“ bricht eine Lanze mit dem „Journal des Débats“ aus Anlaß des Artikels des französischen Blattes, in welchem ein europäischer Kongress als Arznei für das Zerwürfniß zwischen Frankreich und Oesterreich angethan wird. Das „Journal des Débats“ führt die beabsichtigte österreichische Intervention in Serbien, die Einmischung in die moldau-walachischen Wahlen und schließlich die Okkupation der Legationen durch die Oesterreicher als die einzigen Gründe des Zwistes zwischen den beiden Staaten an. „Wofür dies aber“, sagt die „Times“, „nicht die einzigen Gründe sind, so bricht der Vorschlag, die streitigen Punkte einem Kongresse zu überweisen, offenbar in sich zusammen. Weit entfernt davon, der Anlaß des drohenden Bruches zu sein, sind die erwähnten Dinge nicht einmal die Hauptursache desselben. Jedermann weiß, daß, wenn Frankreich nicht nur selbst rüstet, sondern auch Piemont ermuntert, eine Haltung anzunehmen, die, wenn man die entsprechenden Rundgebungen Oesterreichs in Betracht zieht, auf die Dauer unvermeidlich zu einem feindlichen Zusammenstoß führen muß, dies mit jenen drei Dingen nichts zu thun hat, sondern daß es sich bloß darum handelt, dem Hause Oesterreich die Herrschaft in der Lombardie zu entwinden. Wenn wir nun gleich in unserer Friedensliebe weder dem „Journal des Débats“, noch, wie wir glauben, überhaupt irgend einem Organ der öffentlichen Meinung in Europa nachsehen, so wagen wir doch die Behauptung auszusprechen, daß nichts verkehrter sein könnte, als die Frage über das Anrecht Oesterreichs an das lombardisch-venetianische Königreich einem europäischen Kongress zu überweisen. Als Lord Clarendon und die übrigen Mitglieder des Pariser Kongresses ernstlich die schiedsrichterliche Thätigkeit einer neutralen Macht empfahlen, ehe man zu Feindseligkeiten schreite, nahmen sie offenbar auf Angelegenheiten Bezug, wo die Rechtsfrage streitig war, nicht aber auf solche, wo das Recht unzweifelhaft feststand, und wo überhaupt nichts vorlag, was auf schiedsrichterlichem Wege hätte erledigt werden können. Die Charles-Georges-Geschichte z. B. war eine Angelegenheit, wo ein Schiedsgericht recht gut am Platz gewesen wäre; aber gerade in dem Falle wies Frankreich ein solches hartnäckig zurück. Doch wir wollen einmal annehmen, Frankreich beanspruche die Kanalinseln auf Grund des Umstandes, daß sie einst zu dem Herzogthum der Normandie gehörten, würden wir dann gehalten sein, eine solche Streitfrage einem europäischen Kongress zu überweisen, oder würde es sich nicht vielmehr, statt um Recht, um Macht handeln, und würde nicht einzig und allein das Schwert zwischen Gegnern entscheiden müssen, die sich auf keinem gemeinsamen Boden die Hand reichen könnten? Gerade so steht die Sache mit Oesterreich. Es hat ganz einen eben so guten Rechtstitel auf das lombardisch-venetianische Königreich, wie auf Tyrol, oder wie der König von Piemont auf sein Gebiet. In beiden Fällen nämlich ruht der Rechtstitel auf dem Wiener Vertrage. Das Recht Oesterreichs ist unzweifelhaft und unbestreitbar, und diejenigen, welche es anfechten, müssen sich auf die rohe Gewalt stützen, oder auf das, was Oberst Pride gar kein Recht nennt, das heißt auf die Macht des Schwertes.“

[Prinz Alfred] ist am 19. d. von Tunis aus wieder in Malta eingetroffen. Am Abend jenes Tages gab Lady Le Marchant einen Ball, den jedoch Se. Königl. Hoheit nicht mit seiner Gegenwart beehrte, da sein Gouverneur, Major Cowell, wie der „Malta Observer“ bemerkt, es für durchaus notwendig hielt, daß die Studien des jungen Prinzen nicht durch eine Reihe von Zerstreuungen zu sehr unterbrochen würden. Vielleicht ist darauf ein mahnender Artikel der „Times“ nicht ohne Einfluß geblieben. Doch wurden Vorbereitungen für einen großen Ball getroffen, den am 27. Januar die Besatzung, Generalleutnant Sir John Ponsonby an der Spitze, zu Ehren des Prinzen veranstalten wollte.

[Zur Geologie.] In einem bei Plymouth gelegenen Kalksteinbruche waren eine Menge sehr interessanter fossiler Ueberreste aufgefunden worden: Zähne, Knochen und sonstige Bestandtheile von Löwen, Tigern, Elephanten, Rhinocerosen, Pferden, Hyänen und anderen Thieren. Diese Entdeckung macht in geologischen Kreisen großes Aufsehen. Wie viele Jahrhunderte verfloßen sein müssen, seitdem diese Thiere aufgehört haben, auf jenem Punkte zu existiren, läßt sich aus dem Umstande ermessen, daß die Höhle, in welcher diese Ueberreste gefunden worden sind, sich in einer vom Meeresstrande 1000 Fuß entfernten Kalksteinklippe befindet. Die Höhle selbst liegt 70 Fuß über dem höchsten Niveau der Flut, ist 20 Fuß lang, 10 Fuß hoch und gegen 70 Fuß weit. Zu den besterhaltenen Stücken gehört der Kieferknochen eines der Pferdegattung

angehörigen Thieres in Stalagmit, ein Fall, der einzig in seiner Art sein soll und gewisse in der Geologie bisher geläufige Theorien umstoßen würde.

London, 28. Jan. [Tagesbericht.] Die „Times“ erwähnt des Gerüchtes, daß die Regierung mit drei der bedeutendsten Eisengießerien Kontrakte zur schnelligsten Anfertigung von Achtmüßigfüßigen Kanonen abgeschlossen habe. Desgleichen sollen bedeutende Kontrakte über den Ankauf von Schießpulver abgeschlossen sein. Eine Deputation der „Anti-Sklaverei-Gesellschaft“ machte kürzlich dem Kolonialminister, Sir C. B. Eyton, ihre Aufwartung und überreichte ihm eine Denkschrift gegen die jüngst im Jamaika'schen Kolonialparlament durchgegangene Einwanderungsbill. Es sei eine Einfuhr, nicht eine freie Einwanderung, was in Westindien vor sich gehe, sagten die Vorträger der Deputation. Auch in englisch Westindien komme die Arbeiterzufuhr dem Sklavenhandel gleich; davon abgesehen, sei die besten materiellen und moralischen Interessen der Inseln verberblich. Sir C. B. Eyton konnte diesen Ansichten nicht beistimmen, versprach aber, die Billdrift in reifliche Erwägung zu ziehen. Von Derry in Irland fand vor ein Paar Tagen 300 Auswanderer, meist im jugendlichen Alter von 18—24 Jahren stehend, per Eisenbahn nach Belfast abgegangen, um sich nach Birkenhead zur Einschiffung nach Australien zu begeben. Noch zwei Scharen Auswanderer derselben Zahl sollen ihnen im Laufe dieses Jahres folgen. Der Dampfer „Phoebe“ bringt Briefe vom Kap von 22. Dez. Die Blätter waren dort verschwunden. Das Geschäft in der Kapstadt hatte sich gehoben. Nach dem „South African Advertiser“ war der Krieg zwischen dem südafrikanischen „Freistaat“ und den Basutos durch Sir George Grey's Vermittelung beendet und ein billiger Friedensvertrag geschlossen worden. Nach einer in der City angekommenen telegraphischen Depesche ist die telegraphische Verbindung zwischen Cagliari und der Westküste von Sardinien (in der Nähe der Insel Marittimo) vollkommen hergestellt. Dies ist die Hälfte der ganzen Strecke von Cagliari nach Malta. Die Ingenieure hoffen heute von Malta aus telegraphiren zu können. Ihre Depesche ist vom Dampfer „Ebla“, 14 Meilen südwestlich von Marittimo, 25. Januar, Abends datirt. Das Wetter war schön.

London, 29. Jan. [Telegramm.] Sir Henry Storks ist definitiv zum Nachfolger Gladstone's in Jonien ernannt worden. Die heutige „Times“ empfiehlt Oesterreich Nachgiebigkeit gegen Frankreich in Betreff römischer Reformen, obgleich sie sich nicht für eine sofortige Abberufung seiner römischen Besatzungen ausspricht. Der erschienene Bankausweis ergibt einen Notenumlauf von 20,710,785 Pfd. St. und einen Metallvorrath von 19,177,854 Pfd. St.

Frankreich.

Paris, 27. Jan. [Zur Situation.] Der „Moniteur“ meldet einfach, daß die Schrauben-Dampfschiffe „Le Napoleon“ und „L'Algeiras“, so wie die Dampf-Bregatte „L'Impetueuse“ am gestrigen Tage von Toulon nach Genua abgefahren seien. Es ist aufzufallen, daß das amtliche Organ keine Angabe des Zweckes beifügt, doch unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß es weniger auf eine Demonstration zur Beförderung der kriegerischen Stimmung in Italien, als auf eine bloße Sache der Etikette abgesehen ist, nämlich auf Begleitung des jungen Chepaars, für das die „Reine Hortense“ bereits zur Verfügung steht. Im Ganzen ist die Stimmung jetzt allgemein friedfertig, und der zweite Tullien-Ball zeichnete sich genau so entschieden durch Aufmerksamkeit für die Friedensfreunde aus, wie der erste eine durchaus kriegerische Demonstration war. Uebrigens ruht jetzt der Knoten der europäischen Zukunft nicht hier in Paris, sondern in London, und das Parlament erst wird durch seine Haltung den Ausschlag geben, ob die italienische Pandorabische von Victor Emmanuels Hand im nächsten Frühjahr geöffnet werden soll. Das Kabinet Derby bemüht sich gegenwärtig, sowohl hier wie in Wien um eine Verständigung. Was übrigens den europäischen Kongress anbelangt, der regelmäßig auf den zweiten oder dritten Tag wieder aufsteht, so wird der „Indep. Belge“ von hier mitgetheilt, daß die Donauschiffahrtfrage rein auf gewöhnlichem diplomatischem Wege ausgeglichen, daß alsdann die Konferenz nur pro forma zu einer einzigen kurzen Sitzung zusammenzutreten werde, doch daß diese Sitzung noch keineswegs nahe bevorstehend sei, da die Auslegung dieser Angelegenheit so eben erst ernstlich in Angriff genommen worden ist. Auch dem „Nord“ wird von hier mitgetheilt, die Austragung der Donauschiffahrts-Kontroverse werde schwerlich schon am 7. Febr. vom Kaiser bei Eröffnung der Session verkündigt werden können, da man heute noch nicht einmal wisse, wann und was Oesterreich auf die an das Wiener Kabinet von den Mächten gerichtete identische Note antworten werde. Die Kontart, in der die Thronrede am 7. Febr. gehalten wird, ist noch so sehr Geheimniß, daß, wie dem „Nord“ von hier geschrieben wird, bereits zahlreiche Wetten darüber abgeschlossen wurden. Die Drakelsprüche, welche der König von Sardinien den Adreßdeputationen erteilt: „künftige Eventualitäten“ und „das Jahr hängt an“, wird besser werden und noch besser zu Ende gehen“, werden von den Kriegsspekulanten besonders hervorgehoben, während die Friedensfreunde anführen, der Kaiser habe auf dem gestrigen Ball zu Baron Hübler bei Erwähnung der Hoftrauer wegen des Todes der Erzherzogin Marie mit sehr vernehmbarer Stimme gesagt: „Herr Gesandter, wenn der Vertreter einer befreundeten Großmacht am französischen Hofe erscheint und sich in Trauer befindet, so ist es Brauch, daß die Töne aufhören.“ Auch die gestern erfolgte Beschlagnahme der Flugschrift: „Aurons-nous la guerre?“ die indessen in allen Händen ist und längst ihre Wirkung gethan hat, wird als ein Friedenszeichen gedeutet.

[Die Rüstungen.] Der „Ocean“ von Breist meldet, daß ein Erlaß des Marineministers so eben genauer bestimmt habe, welche Vorkehrungen im Einzelnen auf Kriegsschiffen zu treffen sind, denen der Befehl zugeht, sich in Segelbereitschaft zu legen. Sie müssen so weit zur Abfahrt fertig gemacht werden, daß ihnen nur die notwendigsten Ersatzstücke, Lebensmittel, Pulver u. s. einzuweichen bleiben. Weiterhin führt der Marineminister ungefähr 30 Kriegsschiffe auf, welche sofort nach dieser Anweisung auszurufen sind. Das „Pays“ bezieht sich, dieser etwas schreckhaft aussehenden Maasregel eine möglichst freundliche Deutung zu geben. „Das Mundschreiben des Marineministers“, sagt das Blatt, „gibt nichts als eine weise Ergänzung der bereits bestehenden Bestimmungen. Die Absicht ist, eine das Bedürfnis überdeckende Anzahl von Schiffen segelbereit zu halten, um dann später, wenn man sie nöthig hat, die wirklich zu armirenden Schiffe unter ihnen auszuwählen. Man versichert, daß die meisten der vom „Ocean“ erwähnten Schiffe für die Station von Newfoundland, das Gewässer in China, Algerien, den Senegal oder das Evolutionsgewässer bestimmt sind. Ferner waren die meisten genannten Schiffe schon seit lange in Segelbereitschaft. Es leuchtet also ein, daß der vom „Ocean“ mitgetheilte Maasregel nicht außergewöhnliche Umstände zum Grunde liegen. Wir könnten unsern Beweis noch weiter ausdehnen und ihn auf alle Häfen anwenden, wollen aber nur einfach bemerken: die Hafenblätter bringen wohl die Liste der Schiffe, welche armiren, aber nicht diejenigen, welche desarmiren; das Verhältniß zwischen beiden ist nahezu dasselbe geblieben, mit Ausnahme einiger kleinen Unterschiede, die von der Ausdehnung unserer fernen Stationen herrühren und im Budget vorgelegen sind.“ Trotz dessen zeigen namentlich die Nachrichten aus dem Süden, daß die Rüstungen sich dort keineswegs in den normalen Verhältnissen bewegen. Man schreibt der „Indep.“, daß dort die Anstalten zur Zusammenziehung eines Beobachtungskorps an der Vargrenze, so wie zur Einschiffung von Truppen fortduern. Diese Vorkehrungen scheinen vor Aller Augen, und es wird aus ihnen gar kein Geheimniß gemacht. Man liest in den öffentlichen Blättern die Bekanntmachungen der Militärminister und der Generalstabschef von Toulon, in denen Lieferungen von Material, aller Art ausgeschrieben werden, die den gewöhnlichen Bedarf bei Weitem übersteigen. Wenn es sich also nicht um einen Krieg handelt, so handelt es sich wenigstens um eine Demonstration, von welcher freilich noch nicht zu beurtheilen ist, ob sie zuletzt nicht bei eben so kleinlichen Erfolgen stehen bleiben wird, wie die zahlreichen anderen, die ihr seit dem Pariser Frieden vorangingen.

[Börsenkalamitäten; Bauten; Mangel an Fremden; Peter Bonaparte.] Die Börse zeigt mehr Vertrauen; die deutschen Bankiers haben in den letzten Tagen eine große Anzahl Renten gekauft. Das Vertrauen ist für die Liquidation sehr günstig; denn eine Hausse-Bewegung könnte viele Verluste mildern. Diese Liquidation wird schrecklich sein. Schon sind zwei Spekulant verschunden, ohne den Zahlungstag abzuwarten; Mäkler können keine Geschäfte mehr machen. Einer von ihnen hat sich gestern in seinem Zimmer erhängt. Selbst die Wechsel-Agenten werden stark getroffen werden und trotz der strengen, vom Syndikat geübten Aufsicht empfindliche Verluste erleiden. Schon

im letzten Jahre hatten ihre Geschäfte abgenommen: mehrere von ihnen, die am 31. Dezember ihre Geschäfte regelten, konnten nicht mehr ihre früheren Dividenden von 15 bis 20 Proz. geben. Diese Dividenden betrugen seitdem 10 Proz. und darunter. Einige werden nur den gewöhnlichen Geldzins von 5 Proz. geben. — Der Kaiser besichtigt die großen Pariser Bauten. Sie rücken ihm nicht schnell genug vor, indeß hat der Seine-Präfekt attennmäßig nachgewiesen, daß Alles, was irgend möglich war, geschehen ist. — Die englischen Besucher von Paris schmolzen noch, eine große Anzahl von Hotels in der Nähe der Rue de la paix stehen leer. Der Karneval wird weniger glänzend sein als man erwartete. Hr. v. Rothschild giebt nur seine gewöhnlichen Gesellschaften, keine Bälle und Konzerte: seine politischen Verhältnisse erklären diese Zurückhaltung. Der Faubourg St. Germain lebt völlig zurückgezogen. — Das Gedicht Peter Bonaparte's (s. unten Turin), hat einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. Dieser leidenschaftliche Mann wohnt in Auteuil und wird daselbst von allen Italienern, die nach Paris kommen, aufgesucht. (Pr. 3.)

Paris, 28. Jan. [Friedensbestrebungen.] Die Bemühungen, die man hier macht, um den Frieden zu sichern, haben einige Hoffnungen auf die Erhaltung desselben eingelegt. Fast alle Minister sprechen sich offen für den Frieden aus. Doch darf man nicht unbemerkt lassen, daß sie seit gestern wieder etwas ängstlicher sind. Der Kaiser selbst soll sich noch nicht geäußert haben, und man kann daher bis jetzt keineswegs mit Sicherheit darauf rechnen, daß es der Diplomatie gelingen wird, den Ausbruch des Krieges zu verhüten. Die Rüstungen und Truppenmärsche nach dem Süden Frankreichs dauern fort, und ehe beide eingestellt werden, kann man wohl unmöglich glauben, daß die Zulierien ihre kriegerischen Ideen aufgegeben haben. Grenoble und einige andere Städte sind so mit Soldaten überfüllt, daß dieselben bei den Bürgern einquartiert werden müssen. Die energische Sprache der Wiener Blätter gefällt hier nicht. Die „Patrie“ drückt ihr Erstaunen darüber aus, daß die Wiener Blätter nach den frieblichen Worten des Kaisers Franz Joseph an die Bankdeputation eine so kriegerische Sprache führen. Was den Vorwurf der „Deft. 3tg.“ anbelangt, daß Frankreich sich in die inneren Angelegenheiten der übrigen Staaten mischen wolle, so erwidert das halbamtliche französische Blatt, daß es dieses kraft des Pariser Vertrages thue. Dieser und besonders die Protokolle ertheilen auch Frankreich das Recht, sich um die Verhältnisse von Italien zu bekümmern. Das „Univers“ spricht sich heute mit großer Energie für den Frieden aus, indem es für Oesterreich und dessen Recht in Italien Partei ergreift. Es will nichts von einer Zerstückelung Oesterreichs wissen, da dieses noch das einzige ernsthafte Element sei, das sich Rußland entgegenstellen könne. Eine Zerstückelung dieses Reiches würde, wie das „Univers“ meint, Frankreich selbst zu Grunde richten, denn Deutschland würde, wenn dieses geschehen sei, sein schlimmster Feind werden. Die Sprache des „Univers“ ist höchst kühn, und man glaubt, daß man Maßregeln gegen dieses Blatt ergreifen wird.

[Tagesbericht.] Prinz Napoleon verläßt Turin noch am Sonntag und wird sich mit seiner jungen Gemahlin nach Genua begeben, wo verschiedene Festlichkeiten vorbereitet werden. Prinz Jerome wird dem jungen Ehepaare zu Ehren am 12. Febr. einen großen Ball veranstalten. Der Papst hat seine Dispense ertheilt, damit die Heirath schon nächsten Sonntag vor sich gehe. — Es erregt großes Aufsehen hier, daß Herr Bernard Des Effart, der französische Generalkonsul in Belgrad, abberufen worden ist. Derselbe erhält Herrn Edmund v. Lesspès, gegenwärtig Konsul in Beirut, zum Nachfolger. Hr. Des Effart hat in keinem Fall gegen den Geist seiner Weisung gehandelt, indem er der Skuptschina die französischen Sympathien ausgesprochen. Hr. Gaudré Boileau, Generalkonsul in Kalkutta, tritt an die Stelle v. Lesspès, und der gegenwärtige Konsul in Sevilla, Herr Lombard, wird nach Kalkutta geschickt. — Der „Indépendance“ wird von hier die sehr auffallend klingende Nachricht mitgetheilt, der „Duchayla“, welcher bekanntlich so lange und sehnlichst von Sabatier vor Dscheddah erwartet wurde, habe Befehl erhalten, nach Frankreich zurückzukehren. — Der Minister Algeriens und der Kolonien hat eine eigene permanente Kommission eingesetzt, welche über die Zulässigkeit der zum Auswanderertransporte verwandten Schiffe entscheiden, d. h. die Erlaubniß zur Aufnahme von Auswanderern jenen Schiffen versagen soll, welche in gesundheitlicher und anderer Beziehung nicht die nöthigen Garantien bieten. — An der heutigen Börse sind die meisten Kurse im Weichen in Folge eines Artikels des „Nord“ in Betreff der bereits erfolgten Ernennung von piemontesischen Generalen (s. unten), so wie eines Gerüchtes von Unruhen in Ravenna. — Der Winter tritt in diesem Jahre in Algerien sehr heftig auf. Der Schnee liegt, wie dem „Moniteur“ aus Bugia, 8. Jan., geschrieben wird, so hoch, daß in Setif das Kasernendach unter der ungewohnten Last einbrach und mehrere Soldaten verwundet wurden.

Belgien.

Brüssel, 27. Jan. [Die außerdienstliche Stellung der Beamten.] In der gestrigen Kammer Sitzung interpellirte der Abgeordnete von Löwen, Hr. de Luesemans, den Minister des Innern über die Methode, welche die Regierung in Betreff der Handlungen von Staatsbeamten in deren außeramtlichem Leben zu befolgen gedenke. Hr. Rogier, nachdem er die (an dieser Stelle gemeldeten) drei Fälle aufgezählt, in welchen das gegenwärtige Kabinet Beamten verschiedener Departements Verweise ertheilt, sprach die Ansicht aus, daß er keineswegs seine amtlichen Untergebenen zu Sklaven der Regierung machen wolle, daß aber letztere nimmermehr direkte Angriffe durch Wort und Schrift von Seiten der Beamten sich könne gefallen lassen. Hr. DeDecker sprach sich in ähnlichem Sinne aus, wie sein Nachfolger auf der ministeriellen Bank. Da er jedoch in seiner Rede auf Hr. DeBrière angespielt, der trotz seines notorischen Liberalismus es nicht verschmäht hatte, unter seiner, des Hrn. DeDecker, Verwaltung als Gouverneur von Westflandern im Amte zu bleiben, so sah ersterer sich veranlaßt, den ihm indirekt gemachten Vorwurf aufzunehmen, indem er erwiderte, er habe das Kabinet des Hrn. DeDecker durchaus nicht als ein fleißiges, sondern als ein gemäßigtes angesehen, und habe dasselbe ja auch bei Weitem größere und aufrichtigere Sympathien auf der linken Seite des Hauses befaßen, als auf der rechten. (R. 3.)

Italien.

Turin, 24. Jan. [Ein korsisches Kriegslied.] Der Turiner „Indépendente“ veröffentlicht ein ihm von dem Verfasser,

Peter Nap. Bonaparte, selbst zugeschicktes Kriegslied, welches gegenwärtig „in ganz Korsika“ gelungen werde. Es trägt den Titel „La voce dei Corsi“ (die Stimme der Korsen) und das Datum vom 10. Dezember 1858. Die zwei letzten Zeilen der vierten Strophe lauten: Ai Tedeschi vibrare nel petto — Ferro, piombo e letifero gel (den Deutschen schleudert ins Herz — Eisen, Blei und todbringenden Frost); die letzte Strophe aber: Wenn Italiens Söhne das überlästige Joch des grimmigen Oesterreichs abgeschüttelt haben werden, wird der einstimmige Ruf der Welt sie in der Schlacht als keinem nachstehend nennen. Aber sie mögen sich hüten vor allzu früher Erhebung, damit diese nicht, unzeitgemäß, zu ihrem Nachtheil ausschlage. Gewehr bei Fuß! und die Stimme der Korsen wird das Zeichen zum Kampfe geben. Die „Armonia“ macht gelegentlich dieses Kriegsgesangs darauf aufmerksam, daß Korsika ebenso wie die Insel Sardinien geographisch und bis zum Jahre 1768 auch politisch zu Italien gehörte. Wie es also komme, daß die Korsen jetzt im Namen ihres „französischen Vaterlandes“ zu den Waffen greifen wollen?

[Zur Vermählungsfeier; Armeebeförderungen.] Die wichtigsten Klauseln des Heiraths-Vertrages sind ungefähr folgende: die Prinzessin erhält eine Mitgift von 500,000 Eren in Geld und 100,000 Eren in Juwelen. Frankreich seinerseits verspricht dem kaiserlichen Paar eine Apanage von 200,000 Franks jährlich, außerdem noch 100,000 Frs. der Prinzessin für ihre Toilette (spallatico). Heute früh feierte man in der Kathedrale die Hochmesse, welcher die ganze königliche Familie in der Hofloge beizuwohnte. Und heute im festlich erleuchteten Opernhause werden die beiden hohen Verlobten zum erstenmal vor dem Publikum zusammen erscheinen. Morgen Abend wird großer Hofball zu Ehren dieser Begebenheit gehalten. — Ueber die Kriegszüge ist kein neues bedeutendes Ereigniß zu melden, wenn nicht die Ernennung einiger Generale, welche im Fall eines Krieges den Befehl über die Truppen übernehmen werden. Der König wird sich den Oberbefehl über die Armee vorbehalten, allein der General La Marmora (Kriegsminister) wird unter dem Titel des Kommandanten des Generalstabs die wirkliche Leitung der Armee in die Hand nehmen. Die Generale Sonnaz und Durando werden wahrscheinlich zu Kommandanten der zwei Armeekorps ernannt. Die Generale Fanti, Gialdini, Molard, Cocchiari und Zaillet werden wohl den Befehl über die Heerdivisionen erhalten. Mehrere wichtige Beförderungen in der Armee fanden statt, unter denen man besonders die Ernennung des Obersten Giustiniani, Adjutant des Königs, des Obersten Alberti und anderer zu Generalen bemerkt. Die Bewegung der Truppen gegen Alexandria und den Po hat von Neuem begonnen, nachdem sie einige Tage stationär geblieben.

[Die Gesamtbevölkerung] des Königreichs Sardinien belief sich am 1. Januar d. J. auf 5,041,853 Köpfe.

Spanien.

Madrid, 26. Jan. [Telegr. Notizen.] Der Senat hat der Regierung bewilligt, das Einnahme-Budget auf 963 Millionen Reales festzusetzen. — Die Regierung, welche Versuche, um die in Madrid angelangenen neapolitanischen Deportirten in Freiheit zu setzen, befürchtet, hat die nothwendigen Maßregeln getroffen, um jeder Unordnung vorzubeugen. — Englische Gesellschaften haben zu sehr hohen Preisen alle Wolle in Estramadura und anderen Provinzen aufgekauft. — Das Befinden der Prinzessin Adalbert von Bayern bessert sich.

Rußland und Polen.

Petersburg, 24. Jan. [Getäuschte Erwartungen; die Journalistik.] Unser Neujahrstag ist vorübergegangen, ohne daß er uns eine Entscheidung in der Frage der Leibeigenschaft gebracht, obgleich von vielen Seiten mit der größten Zuversicht ein kaiserlicher Ukas erwartet wurde, der, wenn auch nicht alle Schwierigkeiten löst, doch das Prinzip als gesellig und mit vollem Willen des Kaisers bestehend ausspricht. Es ist nicht geschehen, und sofort hört man den Kleinmuth schreien, daß nun gar nichts geschehen und daß man die Sache fallen lassen werde. Ueberhaupt hat das Publikum seit einem Jahre entschieden Unglück mit seinen Erwartungen. Noch nie sind Ernennungen oder Maßregeln zu der Zeit erfolgt, wo das Publikum sie als ganz gewiß vorausgesehen und vorausgesetzt, und dessenungeachtet ist die Enttäuschung doch immer wieder sehr groß, wenn es nicht geschieht. Gewiß liegt dies nur darin, daß jetzt jede Vermuthung sofort zur Gewißheit, jede Kombination sofort zur Thatsache in der Meinung des Publikums wird; denn es läßt sich nachweisen, daß von Seiten der Regierung nicht das Geringste geschieht, was dergleichen bestimmte Erwartungen rechtfertigen könnte. Man scheint das Neugierigkeitsverbreiten jetzt gewissermaßen systematisch zu betreiben und die überspanntesten Dinge als beabsichtigt oder nahe bevorstehend zu bezeichnen. Die Zeitungen dürfen das nicht, dafür sorgt die Censur; desto geschäftiger ist aber die mauvaise langue im Publikum, und was das Schlimmste ist, die Zeitungen dürfen auch nicht gegen falsche Gerüchte auftreten; denn dadurch kämen ja eben die Gerüchte selbst in die Zeitungen. Unsere Journalistik beginnt nach und nach in 2 ganz entschiedene Parteien auseinander zu gehen, nicht mehr wie früher nach Schulen, Neigungen oder literarischen Koterien, sondern mit ganz bestimmt ausgesprochener politischer Färbung. An der Spitze der sogenannten Fortschritts-Journale steht der „Russki Westnik“, der russische Kurier. Er ist so vernünftig, vorsichtig zu sein, er ist aber auch so ehrlich, offen zu sein, wo er es sein darf, und an ihm liegt es nicht, wenn er nicht eben so schlagende Artikel bringt, als die „Kolokol“ von Herzen, die hier anfängt, unter den höhern Beamten einen wahrhaften Schrecken zu verbreiten. Wie die Exemplare in solcher Menge hierher gelangen, ist Jedermann ein Räthsel; aber daß sie vorhanden sind, darüber kann kein Zweifel sein. In jeder Nummer findet sich Einer oder der Andere photographirt und zwar so nachdrücklich, daß die Materialien von hier aus ihren Weg nach London finden müssen; denn Herzen ist schon so lange aus Rußland fort, um über alle diese Vorgänge so genau unterrichtet zu sein. So wir wissen oft von den Sachen selbst nichts, bis sie in der „Kolokol“ zu lesen sind; dann aber ergeben Erkundigungen meist einen Anhalt für das Gesagte, obgleich es immerhin in den gehässigten Farben vorgetragen wird. Dieser Richtung entgegen wirkt die „Nordische Biene“, fälschlich in West-Europa die „Hofzeitung“ genannt. Das ist sie nicht; aber sie ist seit dem Umschwung der Dinge ausgesprochen konservativ und vertheidigt Schritt für Schritt das Terrain, auf dem sie alt geworden,

aber freilich eben ihres Alters wegen den Einfluß verloren hat. Wie die „Gazette de France“ und zu ihrer Zeit die „Quotidienne“ weicht sie keinen Zoll von ihrem System ab. Das ist ehrenwerth, aber vor der Hand wirkungslos, weil sich Alles dem Fortschritt zuwendet, selbst auf die Gefahr hin, einen Schritt zurück zu thun. Gretsch und Bulgarin, die beiden Redakteure der „Nordischen Biene“ befinden sich bei dieser Lage der Dinge in einer eigenthümlichen Stellung; denn sie sind gewissermaßen zu Sündenböcken für die ganze Masse des liberalisirenden Publikums geworden. Wahrlich verdienen sie den ägenden Hohn nicht, mit dem die junge literarische Schule über sie herfällt. Wer aber den Schaden hat, braucht bekanntlich für den Spott nicht zu sorgen! Er macht sich in jeder Form Luft. So neulich in einem Aufsatze in dialogischer Form: Wospitannik (der Erzieher). Dieser Erzieher liebt in einem Zimmer, an dessen Wänden die Portraits von Sokrates, Cicero, Gretsch und Bulgarin hängen, eine Nummer der „Nordischen Biene“, und ist so außer sich vor Entzücken über den Inhalt, daß er die Portraits apostrophirt, sie mit einander vergleicht, und nun herrechnet, was sie Großes und Gutes für Rußland gethan haben. Vieles davon ist wahr, aber so überschwenglich geschildert, daß die Absicht der Verhöhnung auf der Hand liegt. Ich fürchte sehr, diese Verhältnisse werden nach allen Seiten hin wachsen, bis endlich die Regierung unwirksam wird und dann die Repressiv-Maßregeln beginnen, die man unter den Literaten für ganz unmöglich zu halten scheint. (N. P. 3.)

** Warschau, 26. Jan. [Karneval; Stille des Geschäftsverkehrs; literarischer.] Der Karneval ist bis jetzt noch wenig belebt und wird in diesem Jahre schwerlich jene ausgelassene Heiterkeit entwickeln, die der Warschauer Bevölkerung sonst in dieser Zeit eigen ist. Grund ist der allgemeine Geldmangel, der sich bei der gegenwärtigen Stagnation des Getreidehandels dem Gutsbesitzer sehr fühlbar macht. Während Warschau in früheren Jahren um diese Zeit mit Gästen aus fast allen, dem russischen Cepten unterworfenen ehemals polnischen Landestheilen angefüllt war, stehen die Gasthöfe jetzt leer, und nur einige der reichsten Familien haben ihre Winterquartiere wie sonst hier bezogen. Die bei den Warschauern wegen ihrer vollen Taschen sehr beliebten Karnevalsgäste aus Podolien und der Ukraine, die sonst schon vor Weihnachten eintreffen pflegten, sind fast ganz ausgeblieben. Die Miethspreisen der für sie reservirten Wohnungen sind deshalb bedeutend gesunken. Auch der neuliche Ball in der kaufmännischen Ressource war nur wenig besucht und erregte durch nichts weiter die Aufmerksamkeit, als durch die auffallende Einfachheit der Toiletten, die in diesem Jahre bei den hiesigen Damen Grundlag geworden ist. — Wie sehr hier der Geschäftsverkehr darniederliegt, davon liefert der Umstand den besten Beweis, daß unsere Kaufleute sich massenweise aufmachen, um mit ihren Waaren die bevorstehende Wiener Messe zu beziehen, was in früheren Jahren nie der Fall gewesen. — Das unter dem Titel „Freie Sphäre“ im vorigen Jahre hier erschienene humoristische Wochenblatt ist mit Neujahr wegen Mangel an Abonnenten eingegangen. Es hatte die Gunst des Publikums eingebüßt, weil seine Witze und Karikaturen weniger gegen die Gebrühen der Gesellschaft im Allgemeinen, als meistens gegen einzelne Persönlichkeiten, die es oft treffend porträtirte, gerichtet waren. Dagegen soll vom 1. f. M. im Verlage der Ungarischen Buchhandlung ein neues literarisches Unternehmen ins Leben treten, nämlich ein großes illustriertes Wochenblatt, zu dem die Anregung vom Kurator des Warschauer Lehrbezirks, Geh. Staatsrath Muchanoff, ausgegangen ist, der dadurch den talentvolleren Jünglingen der von ihm besonders protegirten Akademie der schönen Künste eine dauernde und lohnende Beschäftigung zuzuwenden beabsichtigt.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Jan. [Die holsteinische Frage und das Ministerium.] Man erwartet hier mit dem Schluß der holsteinischen Ständeverammlung ihre Wendung in der Entwicklung des deutsch-dänischen Konfliktes. Die Presse beginnt daher die Frage zu erörtern, ob das gegenwärtige Ministerium bleiben oder einem andern Platz machen müsse. „Faedrelandet“ verlangt, daß das Ministerium bleibe, aber sein Programm ändere, nämlich vom Gesamtstaat zum Eiderstaat übergehe (letzterem zu Liebe spricht das genannte Blatt auch für die Ausscheidung des holstein-lauenburgischen Bundeskontingents aus dem Verbande mit der dänischen Armee). Die offizielle „Berlingske Tidende“ meint dagegen, das Ministerium sei jetzt noch an das gesamtstaatliche Programm gebunden und dürfe dies erst dann fallen lassen, wenn der konstitutionelle Gesamtstaat sich als eine Unmöglichkeit erwiesen habe. Sei dies der Fall, so könne das Ministerium ebenso wohl bleiben, als zurücktreten. Das gesamtstaatliche „Flyveposten“ sieht die Zeit nahe, wo das Ministerium die Intervention auswärtiger Mächte anrufen müsse, meint aber, daß die Regierung dann nicht in der Lage sein werde, sich gegen den Vorwurf der Zweideutigkeit zu rechtfertigen, da sie zwar nach den Aktenstücken den Gesamtstaat erstrebt, durch ihre Handlungen aber die entgegengesetzte Politik befolgt und den beiden Nationalitäten gegenüber keineswegs eine unparteiische Haltung bewiesen habe. Dies Urtheil des Kopenhagener Blattes ist von Bedeutung. (Pr. 3.)

Kopenhagen, 26. Jan. [Dänemarks Vertheidigungszustand.] „Flyveposten“ bringt in Veranlassung des Harbourschen Marmrufes einen aus sachkundiger Feder gestoffenen Artikel über den Stand der gegenwärtigen Kriegsverfassung Dänemarks. „Um ein Land“, sagt das genannte Blatt, „gegen den Angriff disziplinirter Truppen vertheidigen zu können, ist vor Allem nöthig, die militärische Organisation und das Kriegsmaterial im Vorwege so zu ordnen, daß man in kurzer Zeit eine eben so gut gerüstete, wie geordnete Vertheidigungs-Armee aufstellen kann. Von den 28 Infanterie-Bataillonen, die Dänemark hat, können die 17 oder 18, die aus Dänemark-Schleswig rekrutirt werden, wohl im Laufe von acht Tagen auf Kriegsfuß gebracht werden, obwohl die Bekleidung derselben zum großen Theile so beschaffen sein würde, daß man noch vor Ablauf eines Monats daran denken müßte, sie zu ersetzen. Diese 18 Bataillone zu konzentriren, würde indeß schon eine viel längere Zeit erheischen, namentlich mit Hinsicht darauf, daß uns eine Transportflotte gänzlich mangelt, denn die paar Transport-Fahrzeuge, die angeschafft worden sind, sind für nichts zu rechnen. Die Reserve- und Vertheidigungsmannschaft einzuberufen, sie auszurüsten und aus ihr Bataillone zu formiren, würde zum Mindesten ein paar Monate erfordern, und sicherlich dürfte es nicht rathsam sein, diese Bataillone, wenn sie nicht einen Monat lang unter Gewehr gewesen sind, dem Feinde gegenüber zu stellen. Was die Mobilisirung der Kavallerie und Artillerie betrifft, so würde diese natürlich noch längere Zeit erfordern, indem das weit umfassendere Material große Schwierigkeiten bereitet, abgesehen von den Pferden, deren Herbeischaffung, Anschaffung und Transportierung nicht bloß Zeit und Geld kostet, sondern auch Transportmittel erfordert, die wir nicht im Besitz haben. Fragt man dann weiter: Wie wird der innere Zustand in den Abtheilungen der Armee sein, wenn dieselbe endlich mobilisirt ist? so ist es klar genug, daß dieser innere Zustand eben nicht der wünschenswertheste sein würde, da alle diese Abtheilungen erst im letzten Augenblicke (Fortsetzung in der Beilage.)

in Haft und Eile errichtet und gebildet werden sollen. Um aus den Einberufenen Bataillone zu formiren, würden die 23 Kreis-Kadres von Offizieren und Unteroffizieren entbloßt werden müssen, die, wenn sie zusammengefaßt aus den verschiedenen Bataillonen des Reichs mit einander bei einer Abtheilung zusammentreffen, deren Mannschaften ihnen eben so wie sich unter einander unbekannt sind, sicher Nähe genug haben werden, der Abtheilung das Prädicat wohlgeordnet zu erwerben. Wir stehen, mit einem Worte, in Hinsicht auf die Mobilisirung der Reserve und Verstärkungen durchaus auf demselben Standpunkte wie 1848, nur mit dem Unterschiede, daß damals doch wenigstens die Kompagnie-Kommandeure der Reserve im Voraus designirt und die Stammlisten übereinstimmend mit dem Armeeplan waren. Erstes ist jetzt nicht der Fall, und die Stammlisten sind angefüllt mit Tausenden von Namen, die nicht hier (Dänemark und Schleswig) zu Hause sind. Der Verfasser geht alsdann auf eine Musterung der passiven Verteidigungsmittel über, und giebt dem Kriegsministerium in dieser Hinsicht zwar das Zeugniß, daß es denselben besondere Aufmerksamkeit zugewandt habe, nichtsdestoweniger würde man, wenn es zum Kriege käme, nicht ein Haar besser daran sein, als das vorige Mal. Rendsburg ist geschleift, doch kann man dieser Thatsache wohl nur eine Bedeutung politischer Natur zuerkennen, da die Strategen der Regierung gar keine militärische Position südlich von der Dammwerf-Stellung als haltbar anerkennen wollen. Das Newwerk Rendsburg zu einem Brückenkopf umzuschaffen, bestimmt, das Einrücken einer dänischen Armee in Holstein zu sichern, ist ein Plan, der zwar von dem Augenblicke an, wo die Schleifung begann, öfter verhandelt und dem Ministerium nahegelegt worden ist, aber erst in der allerjüngsten Zeit hat das Ministerium einleitende Schritte in dieser Richtung gethan. Lauenburg und Holstein liegen natürlich jedem Feinde offen, während es doch unzweifelhaft ist, daß die Position bei Büchen mit geringen Ausgaben einen Feind verhindern könnte, ins Holsteinsche hineinzufahren. Und man sollte sich doch wohl vergegenwärtigen, daß ein diplomatischer Protest gegen eine Okkupation ein ganz anderes Gewicht haben dürfte, wenn derselbe, wenn auch nicht gerade von einer Armee, so doch von einem Posten an der Grenze unterstützt würde, der im Stande wäre, die ungetriebenen Gassen, wenn auch nicht für beständig abzuhalten, so doch abzuweisen. Die Werke bei der Dammwerf-Stellung, an denen 1850 täglich 6000 Mann ein halbes Jahr hindurch arbeiteten, sind verschwunden, und in einem neuen Kriege müßte eine neue Armee an den alten Stellen die alten Arbeiten wiederholen. Der Verfasser beklagt sich schließlich über das Kriegsministerium, das sich den Forderungen der Volksovertretung, die immer nur „sparen“ wolle, seit Jahren stets gefügt habe. Natürlich ist hierbei immer vorausgesetzt, daß Schleswig und Holstein zu allen von Dänemark für militärische Zwecke beliebigen Ausgaben ihre 40 Prozent zu zahlen haben. Ob die Repräsentanten dieser Landestheile derartige Ausgaben, die nur der hier vorhergehenden verkehrten, feindseligen Politik gegen Deutschland als notwendig erscheinen, überhaupt gutheißen und das nöthige Geld bewilligen wollen, davon ist nicht weiter die Rede. (Pr. 3.)

Türkei

Belgrad, 22. Jan. [Die Reise des Fürsten Miloš.] Der Fürst Miloš wird nur langsam durch Serbien reisen. Das von der Regierung ausgegebene Festprogramm bezeichnet zehn Stationen, auf denen er übernachten wird. Auf seinem Zuge wird der Fürst von einem Bezirk in den andern stets von den Behörden und berittenen Ehrengarden begleitet. Am ersten Tag trifft er in Belgrad ein, in dessen Weichbild das Militär aufgestellt sein wird. Hier empfangen ihn ein Bischof, der Senat, die Minister, die Kassations- und Appellations-Gerichtsräthe, ein Stabschef mit einer Deputation des Offiziercorps, der Stadtpfarrer und die Belgrader Gemeindevorsteher. Unter Kanonendonner und Glockengeläute zieht er durch die ganze Stadt, über den Platz, wo die Gewerke festlich aufgestellt sein werden, nach der Kathedrale. Vor dieser wird er durch seinen jetzigen Stellvertreter, den Präsidenten der Stupschina, und sämtliche Stupschinaglieder, und im Innern derselben vom Metropolit mit allen Bischöfen und dem gesammten Klerus empfangen, worauf ein kurzes Dankgebet gehalten werden soll. Von da geht es in Festordnung nach dem fürstlichen Palais, wo ihm am Eingange von seinem Stellvertreter Brot und Salz (eine slavisch-griechische Sitte) gereicht wird. Die Illuminationen dauern drei Tage lang, und sollen sehr glänzend werden. (Oestr. 3.)

[Stupschina und Senat; Bestätigungsberat.] Fürst Miloš.] Eine Stupschina-Deputation hat heute im Namen der Stupschina dem gesammten Senat ein mündliches Mißtrauensvotum wegen der Zustimmung des projektirten Stupschinagesetzes ohne vorherige Konferrirung mit der Stupschina ausgesprochen. Ein Senator bemerkte der Deputation, der Senat hätte sich auf Garaschanin verlassen, daß dieser die Gründe für die Umänderung des Stupschinagesetzes der Stupschina und der provisorischen Regierung mittheilen werde. Hierauf bemerkte die Deputation, daß es doch in der Ordnung gewesen wäre, wenn der Senat erst, nachdem er sich überzeugt hätte, ob dies mündlich geschehen, das Gesetz erlassen hätte, und es dem Landesrat schlecht ansehe, mit den wichtigsten Landesangelegenheiten wie mit einer Spielerei umzugehen. Hierauf verspricht der Senat, noch heute Nachmittag die Reformpunkte des Stupschinagesetzes zu widerrufen und an ihre Stelle die des allgemeinen Nationalwillens zu setzen. Heute verlangt man abermals in der Stupschina die Herausgebung des Senatsaktes, womit dieser den Fürsten Alexander aus der Stellung in die Mitte der Garnison berief, um die Stupschina mit bewaffneter Hand zu vertreten. Der Senat verspricht, diesen Akt sobald als möglich der Stupschina zu übermitteln. Einem so eben angelangten Privat-Telegramm zufolge, soll gestern Adhir Beg (oder Esfendi) mit dem großherlichen Bestätigungsberater in Aufbruch gelangt, heute früh Morgens nach Gurgewo gekommen sein und von dort sich mit Fürst Miloš und der Deputation eingeschiffen haben. Dem neuesten Programme gemäß wird Montag, den 7. Febr., Fürst Miloš hier erwartet.

Ionische Inseln.

Korfu, 25. Jan. [Young] ist heute abgereist und das Parlament eröffnet worden.

Amerika.

Newyork, 12. Jan. [Meriko und der Präsident Buchanan.] In London hatte man Berichte erhalten, die für die Eigentümer merikanischer Bonds befriedigend schienen. Der Sturz der Zuloaga-Regierung bestätigte sich, und ansatz daß General Miramon, wie das Gerücht ging, zu seinem Nachfolger gewählt worden wäre, hatte man die beste Aussicht, daß Suarez, der konstitutionelle Präsident, von Vera Cruz herbeigerufen werden würde, um seine rechtmäßigen Funktionen zu übernehmen. Da Suarez von der Regierung der Vereinigten Staaten stark begünstigt wird, so ist anzunehmen, daß er Mittel finden wird, sich in seiner Stellung zu behaupten, und daß, gleichviel was für Maßregeln zur Ausdehnung der amerikanischen Herrschaft beabsichtigt werden, dieser Prozeß wahrscheinlich ruhig, rasch und unvierderlich vor sich gehen wird. Präsident Buchanan und seine Gegner scheinen gleich begierig, die merikanische Schwierigkeit zu schneller Lösung zu bringen, und einander die dabei zu gewinnende Dosis Popularität vorweg zu nehmen. Da Mr. Buchanan im Kongreß in der Minorität ist, so kann die Opposition darin seine etwaigen entschiedeneren Maßregeln vereiteln, aber wenn die Session darüber ist, fallen die auswärtigen Angelegenheiten ausschließlich in seine Hand, und man scheint zu glauben, daß er dann seine Lieblingspläne augenblicklich ausführen wird. Nach Privatbriefen aus Washington hat Mr. Buchanan den Wunsch, den englischen Schuldverschreibungen vollkommen gerecht zu werden.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

[Gezogenwurf.] Der dem Herrenhause von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der §§. 68 und 69 und Ergänzung des §. 72 des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Ablösung der Realitäten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, lautet: „Im Namen Seiner Majestät des Königs. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, Prinz von Preußen, Regent, verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: §. 1. Die Bestimmung des §. 69 des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Ablösung der Realitäten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, wird aufgehoben. An deren Stelle treten nachstehende Vorschriften: §. 2. Wenn die Auseinanderlegungsbehörde eine Veränderung von Normal-Markorten und den damit zusammenhängenden Normalverhältnissen zu den Preisen der Markorten (§§. 25–28 des Gesetzes vom 2. März 1850) durch den Verleß für geboten erachtet, so ist sie zu einer solchen Veränderung nach Anhörung der Bezirksregierung und ohne Zustimmung der Distriktskommission befugt. Der neue Markort ist für alle auf die Bekanntmachung der Veränderung folgenden Martini-Marktpreise maßgebend. §. 3. Eine Revision der Normalpreise kann die Auseinanderlegungsbehörde bewirken, wenn und so weit sie ein Bedürfnis dazu anerkennt. Diese Normalpreise müssen aber vor einer jeden Veränderung mindestens 10 Jahre lang in Wirksamkeit gewesen sein. Die Revision erfolgt auf dem im §. 67 des Gesetzes vom 2. März 1850 bezeichneten Wege, jedoch wird die Wahl der Mitglieder der Distriktskommission (§. 68 l. c.) der Auseinanderlegungsbehörde übertragen. Die revidirten Normalpreise finden auf alle nach ihrer Bekanntmachung bei der Auseinanderlegungs-Behörde anhängig gemachten Ablösungen Anwendung. §. 4. Was im §. 72 des Gesetzes vom 2. März 1850 in Bezug auf die erste Festsetzung der Normalpreise verordnet worden ist, das gilt auch für den Fall der Revision der Normalpreise.“

Haus der Abgeordneten.

[Rationenswesen.] In der Sitzung am 27. d. überreichte der Finanzminister Hr. v. Patow einen Gesetzentwurf über anderweitige Einrichtung des Rationens- und Rationenswesens. Bis 1832 sei es gestattet gewesen, die Rationensurkunden durch Hypothek oder Staatspapiere zu bestellen; 1832 sei die Bestellung durch baar Geld angeordnet worden. Dies sei in einer Zeit großer Bedrängnis des Staats geschehen, und dadurch sei, wenn auch nicht der Form, so doch der Sache nach, eine neue Staatsschuld frei geworden. Es sei ferner ein besonderes Rationensdepositem eingerichtet und durch die Verwaltung des Rationenswesens bei der Generalstaatskasse centralisirt worden. Das Rationensdepositem sei allmählig auf 7 Millionen oder unter Berücksichtigung des Tageskurses der Staatspapiere auf 6,700,000 Thlr. angewachsen, während die Summe der Rationen überhaupt 7,500,000 Thlr. betrage. Zur Tilgung der Rationensschuld sei somit nur die Summe von 800,000 Thlr. erforderlich. Die Centralisirung der Verwaltung des Rationenswesens habe bedeutende Rassen- und Rechnungsüberschüsse, namentlich bei der Rückzahlung der Rationen, noch mehr aber bei der Auszahlung der Zinsen der Rationen. Der Entwurf gestatte daher, dem Bedürfnis einer Aenderung entgegenkommend, die Bestellung der Rationen in Staatspapieren und bei den Provinzialbehörden, und die Zinszahlung solle dadurch erleichtert werden, daß den Rationensbestellern die Zustupsen belassen werden. Es könne zweckmäßig erscheinen, mit der Ausführung dieser Aenderung zu warten, bis der Bestand der Rationen vollständig in das Rationensdepositem übergegangen sei, was etwa nach 4 Jahre dauern könne; dennoch wolle die Regierung sofort mit der Aenderung vorgehen. Die Rationen würden demnach in Zukunft hauptsächlich wohl in Staatspapiere und den diesen gleichgestellten Prioritätsaktien der Eisenbahnen, z. B. der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, bestellt werden. Eine Folge davon werde eine Verminderung des Betrages der Rationen im Ganzen und Großen sein; diese sei jedoch hauptsächlich nur bei den kleineren Rationen zu besorgen, und der Entwurf schlage deshalb vor, den geringsten Betrag einer Ration auf 100 Thlr. festzusetzen, und ordne an, daß die zu bestellenden Beträge durch 50 theilbar sein müssen. Der Gesetzentwurf wird auf den Vorschlag des Ministers der Finanzkommission überwiesen.

[Petitionen.] Der erste Bericht der Petitionskommission des Hauses der Abgeordneten ist erschienen. Derselbe behandelt 11 Petitionen, bei deren größtem Theile die Kommission den Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Die Petitionen betreffen größtentheils persönliche Angelegenheiten; von allgemeinerem Interesse sind nur folgende: Die Neumarkter Kreisverammlung bezieht sich darauf, daß der Kreis Neumarkt durch die Regierung zu Breslau zur Zahlung eines Theils der Transportkosten der Landwehrkavallerie-Übungsheer nach dem Übungsorte und zurück herangezogen worden ist. Die Beschwärfer bestritten die Geheißkraft der königl. Erlasse vom 29. April 1852 und 25. April 1854, auf welche sich die von ihnen angegriffene Maßregel gründet, und beantragen: das Haus wolle die Beschwärfer, unter dringender Empfehlung einer geistlichen Regelung dieses Gegenstandes, dem Minister des Innern und des Kriegs zur Berücksichtigung überweisen, und die beiden Minister ersuchen, bis jene Regelung erfolgt sein werde, zu veranlassen, daß keine weiteren Transportkosten-Ausgleichsbeträge eingezogen und dem Kreise Neumarkt der von demselben beizutragende Betrag zurückerstattet werde. Die Kommission beantragt: die Petition ihrem ganzen Inhalte nach dem Staatsministerium zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Landgerichtsrath a. D. Dr. Kaus hat in einer Eingabe an das Haus für sich und für alle in gleicher Lage befindlichen Rheinverleßer, als Eigentümer des Oberhammermeisters Webers, Schutz des Privateigentums gegen die Abzulassung verlangt, welche durch den Wellenschlag der Dampfmaschine hervorgerufen werden. Er hat sich in dieser Angelegenheit bereits an die Verwaltungsbehörden, zuletzt an den Handelsminister gewandt, ist aber abschlägig beschieden worden. Nachdem der Regierungskommissarius in der Kommission sowohl die rechtliche Verpflichtung der Regierung als auch die von dem Beschwerdeführer behauptete Höhe des angerichteten Schadens unter ausführlicher Motivirung in Abrede gestellt, hat die Kommission in ihrer Majorität den Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Dem Kolonen Gerhard Peters im Kreise Bedum, Reg. Bezirk Münster, ist von den Verwaltungsbehörden die Erlaubnis verweigert worden, auf einem Grundstücke seines Kolonats eine Arbeiterwohnung zu errichten. Er hat sich deshalb beschwerend an das Haus gewandt, und die Kommission erachtet die Gründe des abschläglichen Bescheides der Verwaltungsbehörden nicht für stichhaltig und empfiehlt dem Hause, die Petition des Peters dem Staatsministerium zur Berücksichtigung zu überweisen.

[Antrag.] Der Abg. Reichenperger und dessen Freunde haben einen Antrag eingebracht, das Haus der Abgeordneten möge die Erwartung aussprechen, daß die Regierung nach Maßgabe der disponiblen Mittel die geeigneten

Schritte thun werde, um den Bau einer Eisenbahn zur Verbindung der Städte Trier und Koblenz zur baldmöglichen Ausführung zu bringen.

[Die Budget-Kommission.] Das Haus der Abgeordneten hat die ihr zugehenden Arbeiten in fünfzehn Gruppen getheilt und die betreffenden Referenten und Korreferenten ernannt. Die erste Gruppe umfaßt u. A. die Etats des Staatsministeriums, des geheimen Zivilkabinetts, der Ober-Rechnungskammer, des Disziplinarhofes, des Kompetenzgerichtshofes, des auswärtigen Ministeriums, der Archive und des Landtages; Referent v. Arnim (Penzlau), Korreferent Meigers. 2) Münze, allgemeine Kassenverwaltung, Staatschatz, Finanzministerium; Referent Schubert, Korreferent Knaumann (Pöten), v. Bethmann-Hollweg (Bromberg). 3) Lotterie, Seehandlung, Bank, Staats-schulden; Referent v. Bethmann-Hollweg (Bromberg), Korreferent Plathmann, Westermann. 4) Direkte und indirekte Steuern und Salzmonopol; Referent Dietrich, Korreferent v. Zettau. 5) Domänen und Forsten; Referent Kühne (Erfurt), Korreferent Garmadt (Stallupönen). Landwirtschaftliches Ministerium und Gutsverwaltung; Referent Krause, Korreferent Mathes (Triedeberg), Hölzer (Saun). 6) Handel, Gewerbe, Bauten und Eisenbahnenverwaltung; Referent v. Mallinckrodt, Korreferent Stein, Peterson. 7) Post- und Telegraphenverwaltung; Porzellan-Manufaktur, Berg-, Hütten- und Salinenwesen; Referent Karsten, Korreferent Grundmann und Strecker. 8) Justizverwaltung; Referent Dr. Simson und Meigers, Korreferent Tadel und Drow. 9) Ministerium des Innern; Referent Dunder, Korreferent v. Zettau und Garmadt (Stallupönen). 10) Kultusministerium; Referent v. Mallinckrodt und Gastein, Korreferent Sechom, Klingenberg und Schubert. 11) Kriegsministerium; Referent v. Vinde (Ebenroß) und v. Bodum-Dolfs, Korreferent v. Goversch und v. Zettau. 12) Marine; Referent Behrend (Danzig), Korreferent Jordan. 13) Hohenzollernsche Lande; Referent v. Schleinig (Schobojen), Korreferent Hölzer (Saun). 14) Rechnungen pro 1856; Referent Borjke, Korreferent Kühne (Berlin). 15) Die allgemeinen Grundzüge für die Etatsprüfung und Zusammenstellung der Resultate; Referent Dietrich, Korreferent Kühne (Berlin). Die Ministerial-Kommissionen für diese Abtheilungen der Budgetkommission sind noch nicht ernannt.

Militärzeitung.

[Preußen.] [Militärreformen.] Die Reformen in der preussischen Armee, von denen keiner Zeit so viel in den Zeitungen die Rede gewesen, und die nach den mit größter Bestimmtheit gebrachten Berichten verschiedener Blätter auf nicht geringeres als die Verdröppelung der Rades des stehenden Heeres und Umwandlung der Landwehr des 1. Aufgebots in eine stehende Reserve abzielen sollten, sind nunmehr zu einem ersten Abschluß gediehen und genau auf der von unserer Militär-Zeitung bereits vor mehreren Monaten bezeichneten Grenze, d. h. bei der Kreisung einer Anzahl neuer Offizierstellen zur Uebernahme der Kompagnie- und Eskadronsführung bei der Landwehr stehen geblieben. Der Zahl nach sind dies zunächst 450 Hauptmanns- und Rittmeisterstellen 3. Klasse, was mit eben so viel bereits 1852 begründeten derartigen Stellen aus, so ziemlich dem Bedürfnis für die, inkl. der in einem statthabenden Kriegesfall für jedes Regiment der Infanterie, wie der Landwehr zu errichtenden Ersatz-Bataillone und Depot-Schwadronen 1187 Hauptmanns- und Rittmeisterstellen zählende Landwehr des ersten Aufgebots und Reserve entspricht, wobei aber allerdings die Landwehr des zweiten Aufgebots mit 596 Hauptmannsstellen für die Infanterie (die Kavallerie und Artillerie hierbei ganz außer Acht gelassen) noch durchaus nicht berücksichtigt sein würde, und was an und für sich auch für die Landwehr des ersten Aufgebots und die Ersatzgruppen das Verlangen nach noch einem zweiten gedienten Offizier per Kompagnie, resp. speziell ausgebildeten, nach einem mit allen Anforderungen des Dienstes vertrauten Premier-Adjutanten vorläufig unberücksichtigt läßt. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, soll beiläufig auf die Befriedigung dieses Bedürfnisses auch die nächste Absicht der Regierung gerichtet sein, denn es läßt sich nicht leugnen, es liegt hier wirklich und wahrhaftig ein Bedürfnis vor, und zwei mit ihrer Funktion vollkommen vertraute Offiziere per Kompagnie oder Eskadron sind für den Ernstfall gewiß der allgeringste Etat an Offizieren, welche sowohl die Landwehr, wie beinahe in noch höherem Grade jene Ersatzgruppen besetzen müssen. Es würde das für den Friedensfall allerdings schon bei jeder Kompagnie des stehenden Heeres 7, oder die Stämme für die Ersatzgruppen mit in Anschlag gebracht, sogar 8 Offizierstellen ergeben, und bleibt nicht abzusehen, wie bei solchen Umständen auch noch dem Bedürfnis des zweiten Aufgebots der Landwehr Rechnung getragen werden soll, es müßte denn sein, daß man dasselbe, was beiläufig auch schon zur Sprache gekommen sein soll, in eine Art Militär-, oder in eine nur für den äußersten Notfall zum inneren Dienst aufzubehaltende Volkswehr umwandelt und ihr aus den zuvor in der Armee gedienten Offizieren, wie den sonst hierzu brauchbaren Persönlichkeiten ein eigenes in sich selbst rangierendes Offiziercorps beilegt. Etwas Derartiges liegt eigentlich in Betreff der Landwehr, überhaupt in dem ersten Scharhorst'schen Entwurf zu derselben, auch schon vorgelegen, und was mehr sagen will, es liegt eine solche Aenderung eigentlich in der Natur der Sache begründet. Zur Zeit, als die preussische Landwehr ihre in der Hauptsache noch jetzt gültige Organisation erhielt, lag den Festungen zu deren Befestigung für den Kriegesfall die Landwehr des zweiten Aufgebots vorzugsweise bestimmt wurde, nach den Vorfällen von 1813, 14 und 15 kaum noch irgend eine namhafte Wichtigkeit bei. Man hatte den dreifachen Festungsgürtel Frankreichs zweimal ungetraut durchbrochen und die französische Hauptstadt erobert, ohne sich an die im Rücken der eigenen Heere vom Feinde noch besetzt gebliebenen Festungen zu kehren. Das ist jetzt jedoch ganz anders geworden, denn im Gegentheil spielen, wie die Kriege der letzten zehn Jahre gelehrt haben, gegenwärtig die Festungen wieder eine Rolle, wie sie sie selbst in den Zeiten des dreißigjährigen und spanischen Erbfolgekrieges kaum beissen haben, und heute in den Altersklassen vom 32. bis zum 40. Lebensjahre, also jedenfalls zum bei weitem überwiegenden Theil Familienväter, bei Kämpfen, wie z. B. die von Sebastopol, in die erste Reihe zu stellen, würde wegen der hinterbliebenen Weiber und Kinder dem Lande zuletzt nur eine in zehn, zwanzig Jahren nicht zu verwendende Last auferlegen. Noch ein anderer Ausweg für die Bildung tüchtiger Offiziersstämme auch für das zweite Aufgebot der Landwehr möchte übrigens vielleicht sein, aus den einjährigen Freiwilligen durch Kapitulation zu mehrjährigem Dienst auf Abwancement bis zum Offizier sich deren zu bilden, was allerdings freilich nicht angehen würde, ohne diesen Leuten auch sonst einige in die Augen springende Vortheile zuzuführen. Die Beratungen über diese hochwichtige Angelegenheit dürfen natürlich noch nicht als geschlossen angesehen werden, und die jetzt vermittelte Maßregel bleibt deshalb auch nur als der Anfang zu einer Reihe sich im Laufe der Zeit ihr anschließender weiterer Verfügungen zu erachten.

[Sardinien.] [Eintheilung und Kosten der Armee.] Ueber die sardinische Armee, deren Friedens- und Kriegsstärke wir schon neulich in unserer „Mil. Ztg.“ mitgeteilt haben, bringt die „Allg. Mil. Ztg.“ noch folgende mehr ins Spezielle eingehende Angaben: Die gegenwärtige Eintheilung derselben ist: Grenadiere: Grenadier-Brigade Sardinien, 1. und 2. Regiment; Infanterie: Brigade Savoyen, 1. und 2. Regiment; Brigade Piemont, 3. und 4. Regiment; Brigade Aosta, 5. und 6. Regiment; Brigade Cuneo, 7. und 8. Regiment; Brigade Regina, 9. und 10. Regiment; Brigade Casale, 11. und 12. Regiment; Brigade Pinerolo, 13. und 14. Regiment; Brigade Savona, 15. und 16. Regiment und Brigade Aegui, 17. und 18. Regiment. Jedes Regiment enthält 4 Bataillone, jedes Bataillon 4 Kompagnien und jede Kompagnie im Frieden 80, im Kriege 160 Mann. Veriaquiere (Schützen) 10 Bataillone, 4 Kompagnien zu 80 resp. 160 Mann. Ein Korps Cacciatori franchi zu 4 Kompagnien; ein Administrationsbataillon zu 3 Kompagnien. Kavallerie, schwere: Regt. Alizza, Regt. Piemont, Regt. Savona und Regt. Genoa; leichte: Regt. Novara, Aosta, Saluzzo, Montferrat und Alessandria. Jedes Regiment besteht aus 4 Feld- und 1 Depotescadron. Feldartillerie: 3 Regimenter, 1 Regiment Magasinartillerie, 1 Arbeiterregiment und eine Central-Artilleriekommission. Genietruppen: 1 Sapeurregiment, Train. Die Ausgaben für die Armee belaufen sich ohne Einrechnung der Militärpensionen auf den Friedensstand auf 36,858,941 Fr., nämlich gewöhnliche Ausgaben 32,657,475 Fr., außergewöhnliche 4,201,466 Fr. Unter den ersteren ist zu nennen: Verwaltung 854,528, Ställe 874,911, Infanterie 8,774,127, Säger 1,256,447, Kavallerie 2,387,963, Artillerie 1,976,060, Genietorps 668,946, Train 203,171, Verwaltungstruppen 221,039, Freijäger 120,348, für öffentliche Sicherheit 3,619,700, Veteranen 529,141, Haus des Königs 275,146, Sanität 827,475, verchiedener Dienst 945,652, Felddienstruppen 100,000, Ordon 16,000, Militärschulen 438,586, Militärstrafanstalten 155,384, Naturalien 5,828,345, Artilleriedienst 1,130,307, Geniedienst 863,615, Verweveredlung 189,174 Fr. u. Unter den außergewöhnlichen sind besonders Kasernen- und Festungsbauten (Alessandria, Spezia) hervorzuheben.

Aus preussischen Regimentsgeschichten. Während der Belagerung von Eile im Jahre 1708, bekanntlich eine der blutigsten und denkwürdigsten des ganzen spanischen Erbfolgekrieges, befehligte bei dem Sturm vom 3. Oktober der Premierlieutenant v. Bredow von dem damaligen Regiment v. Dönhoff (gegenwärtig das 1. Infanterieregiment) eine Kompagnie derselben, welche einer

vorausgegangenen Sturmfronten en reserve folgen sollte. Der Angriff dieser letzteren scheiterte indeß, und der genannte Offizier führte seine Mannschaff vorwärts, um nach der ihm gewordenen Bestimmung das Gefecht wo möglich noch wiederherzustellen. Es gelang ihm dies auch in der That, und im erneuten Anlauf ward das feindliche Werk, auf das der Sturm gerichtet, von den tapfern preussischen Mustekietern erstiegen, doch, aus den benachbarten Schanzen mit einem Kugelhagel überschüttet, schien es beinahe unmöglich, sich in dem genommenen Posten zu behaupten, und schon drängten die Leute rückwärts, als Bredow in seiner Erregtheit zwei derselben ergriff, sie trampfhaft festhielt und unter dem Anruf an seine Mannschaff zur Wagnahme auch des nächsten feindlichen Werkes sie vor sich herdrängte. Sein Beispiel wirkte; auch diese zweite Schanze ward erstickt. Bredow aber dabei zweimal durch einen Schuß in den rechten Oberarm und einen zweiten in den Unterleib schwer verwundet. Dennoch wich er nicht vom Platze und ließ auch nicht nach, seine Leute zum Ausharren gegen die feindlichen Kugelhagelstöße anzuheuern, bis er, jedoch schon nach erreichtem glücklichen Resultat des Sturms, wegen des erlittenen großen Blutverlustes für loslos zurückgetragen werden mußte. Für die bewiesene Bravour ward er vom König Friedrich I. sofort außer der Tour zum Stabskapitän befördert. In den dunkelsten Momenten des Gefechts bei Goldberg, den 23. Aug. 1813, als bereits ein Theil der preussischen Infanterie, unfähig, den feindlichen Uebermacht noch länger Stand zu halten, mehr und mehr zurückdrängte und die Unordnung und Verwirrung, namentlich bei einem Theil der hier zum erstenmal mit dem Feinde zusammengetroffenen schlesischen Landwehr bereits zur völligen Flucht ausartete, stand auf dem linken Flügel der preussischen Schlachtordnung nur allein das 2. Bataillon des 1. ostpreussischen oder jetzt überhaupt 1. Infanterieregiments noch unerschüttert. Da stürzte eine der geworfenen preussischen Infanteriemassen, vor der ihr auf dem Hügel folgenden französischen Kavallerie Schuß suchend, auch auf dieses Bataillon zu, und die Gefahr, daß dasselbe von den Flüchtigen mit fortgerissen und in Folge dessen von den französischen Geschwadern niedergebissen werden würde, schien beinahe unvermeidlich. Glücklicherweise befiel in diesem gefährlichen Moment der in dem Biviere des ostpreussischen Bataillons befindliche Regimentskommandeur, Oberstleutnant v. Löwenthal, seine volle klare Besonnenheit. Mit seiner das Gebrüll der Geschütze überbühnenden Stimmstimm rief er den Bedienten zu: „Um den rechten Flügel des 1. Regiments!“ und zu seinem Bataillon sich umwendend, setzte er hinzu: „Ich weiß, mein Regiment steht fest!“ „Formirt Quarrée! Fertig!“ erfolgte dann der Befehl und: „Kein Schuß ohne Kommando!“ In diesem Augenblick sprengte der Prinz Karl von Mecklenburg nebst seinem Adjutanten, dem Kapitän Heinemann, Beide ebenfalls aus dem verlorenen Gefecht zurückkehrend, durch die Unteroffiziere der Reite in das Quarrée. Der Prinz kommandirte: „Bataillon marsch!“ und ergriff die Fahne, welche jedoch deren Träger, der Unteroffizier Scherries, darum noch fortgesetzt am unteren Ende der Fahnenstange festhielt, dann sich zu den Leuten wendend, rief er diesen zu: „Nun, Ostpreußen gilt!“ Auf fünfzig Schritt von der in breiter Front und vollem Karrierte auf das Bataillon anretrenden feindlichen Kavallerie hieß es: „Halt! Fertig! An!“ Die Franzosen, über diese Ruhe stumm, verhielten die Pferde, und jetzt erfolgte die Salve. Die Wirkung war schlagend, mit Hinterlassung von 20 bis 30 Todten und Verwundeten kehrte der Feind um, ohne daß auch nur ein Mann bis unmittelbar an das Quarrée herangekommen wäre. Ein schallendes Gelächter des ganzen Bataillons folgte demselben. Hiermit noch nicht genug, wendete sich das Bataillon aber mit zur Attacke genommenem Gewehr wider eine zweite feindliche Seitenabtheilung, welche bereits eine preussische Batterie genommen hatte. Diese Kavallerie machte ebenfalls Halt und kehrte, noch ehe die preussischen Bajonnette sie erreichten. Die Batterie war gerettet und konnte glücklich zurückgezogen werden. Zwei erneute Angriffe der französischen Reiterei ergaben kein besseres Resultat, als der erste ergeben hatte. Feldmarschall Blücher, der alte Kavallerist, vergaß über den Anblick dieser Reiterangriffe einen Augenblick, wer Freund und wer Feind sei, und rief aus: „Donnerwetter! Die nahestehende Infanterie sollte nicht so wohlfeil bei mir davon kommen, das sind ja wahre fertis diese Kavalleristen!“

Aus polnischen Zeitungen.

[Die Stimmung im Königreich Polen.] Der Warschauer Korrespondent des „Rad.“ begleitet die auch von uns gebrachte Nachricht von den in Warschau vorgekommenen politischen Verhaftungen mit folgender charakteristischen Bemerkung: „In der Stadt verbreitete sich plötzlich das Gerücht von den vorgenommenen Verhaftungen, aber Niemand gerieth darüber in Schrecken, Niemand dachte daran, die Flucht zu ergreifen, sondern Jeder schielte vielmehr darüber in der festen Ueberzeugung, daß die ganze Sache sich in Nichts auflösen würde. Es sprachen sich sogar einzelne Stimmen dahin aus, daß es Leute gäbe, die gern so etwas, das nach einer Verschwörung oder Revolution aussieht, nach Petersburg berichten möchten, daß ihnen das aber nicht gelingen werde. Die Ruhe der Warschauer Bevölkerung hat ihren Grund in der tiefen Ueberzeugung der ganzen Nation, daß sie die gegenwärtige Zeit dazu benutzen muß, ihre moralische Macht zu stärken und im Einzelnen, wie in der Gesamtheit jene Gesinnungstätigkeit herauszubilden, welche die sicherste Bürgschaft einer glücklichen Zukunft ist. An dieser allgemeinen Ueberzeugung scheitern nicht bloß alle vorläufigen und unreifen Unternehmungen, sondern auch die Bosheit und Tücke der Feinde.“

Kotales und Provinzielles.

st. Posen, 29. Januar. [Schwurgericht.] In der Untersuchungsache wider den Gutsbesitzer Vinzent v. Bojanowski (s. Nr. 21) theilen wir nachstehend einen ausführlichen Bericht über die am 25. und 26. d. stattgefundene Verhandlung mit. Der Angeklagte ist der Sohn des bereits verstorbenen Gutsbesitzers Ignaz v. Bojanowski zu Mäpzin, woselbst er mit seiner vermittelten Mutter bisher seinen Wohnsitz gehabt hat. Obwohl jetzt erst 22 Jahr alt, ist er schon im Jahre 1855 der verurtheilten Nothzucht schwurgerichtlich angeklagt, indeß nun wegen vorläufiger Mißhandlung der Magd Katayczat am 7. November 1855 zu dreimonatlichem Gefängnis verurtheilt worden. Diese Strafe, der er sich in dem Maße entzogen hatte, daß seine festsitzende Verfolgung nötig geworden, ist erst im Oktober 1857 zur Vollstreckung gekommen. Einige Zeit vor dem Austritte der Strafe, im August 1857, hat der Angeklagte wiederum die Magd Dorothea Hoyal angegriffen und auf rohe Weise gemißhandelt. Während der diesfälligen, auf das Verbrechen der Nothzucht gerichteten Voruntersuchung ist die inzwischen beendete Strafhaft des Angeklagten als Unteruchungshaft fortgesetzt worden. Aus dieser ist er jedoch am 20. März 1857 entlassen worden, nachdem Seitens der Staatsanwaltschaft der nicht gehörig zu begründende Vorwurf der verübten Nothzucht aufgegeben und durch die Anklage vom 15. März 1858 nur die Mißhandlung der Magd Hoyal zum Gegenstand der strafgerichtlichen Verfolgung gemacht worden war. Nach der Entlassung aus der Haft des Kreisgerichts zu Schrimm und namentlich im Laufe des Monats April 1858 hat der Angeklagte wiederum eine Reihe strafbarer Handlungen begangen, die nicht bloß die Verderbtheit seines Charakters, sondern auch die ungewöhnliche, für seine Umgebung gefährliche Robheit seiner Sinnesart an den Tag legen, und welche die abermalige, am 25. April 1858 erfolgte Verhaftung und die Eröffnung einer neuen Untersuchung zu Wege gebracht haben. — I. Am 20. August 1857 am Morgen trat der Angeklagte in die Schlafkammer des Wohnhauses in M. und forderte die Magd Dorothea Hoyal, die noch zu Bett lag, auf, das Bett zu verlassen und ihm in seine Wohnung zu folgen. Die Hoyal weigerte sich, dem Anfinnen des Angeklagten Folge zu leisten, weil sie fürchtete, daß er sie zu unzüchtigen Handlungen nötigen wolle. Er faßte hierauf die H., die sich inzwischen angekleidet hatte, am Arme und zog sie mit Gewalt aus der Kammer in die Küche und aus dieser in den Hof. Hier beugte er sich, die H. nach seiner Wohnung zu führen; dieser aber gelang es, sich ihm zu entziehen und zurück in die Küche zu flüchten. Der Angeklagte eilte ihr nach, ergriff einen armdicken Knüttel, der zum Schüren der Kohlen diente, und versetzte ihr damit mehrere Schläge über Hände und Arme; dann zog er sie abermals aus der Küche fort und schlug sie mit dem Knüttel noch über das Gesicht. Mit erneuter Gewalt zog er sie dann mit sich fort und brachte sie endlich in seine Stube. Hierauf rief er seinen Kutscher Wojciech Adamski herbei und ließ sich von demselben einen ledernen Reitgurt, der mit einer eisernen Schnalle versehen war, reichen. Nachdem der Kutscher sich entfernt hatte, schlug er mit dem Reitgurt auf die H. los und versetzte ihr rauch auf einander viele Schläge, wobei er den Reitgurt so gegen sie schwang, daß sie bei jedem Schläge mit der Schnalle getroffen wurde. Die Schläge trafen hauptsächlich den Hinterkopf, die Schultern, den Rücken, die Brust und die Arme. Hierauf begab sich der Angeklagte an das Fenster, um einen Dienstentlassungsschein für die H. zu schreiben. Diesen Augenblick benutzte die Letztere und entließ auf den Hof. Der Angeklagte ließ ihr nach und verfolgte sie bis in den Pferdestall. Dort ergriff er sie und führte sie wiederum auf seine Stube zurück, worauf er ihr noch eine Anzahl Schläge mit dem Reitgurt wie vorher, versetzte. Der Angeklagte hatte einige Zeit vorher die H. gezwungen, ihm zu Willen zu sein. Diese hatte sich darüber gegen ihre Mutter geäußert, und Letztere sich über den Angeklagten ge-

gen andere Personen beklagt. Hierüber aufgebracht, hatte der Angeklagte seinen Zorn gegen die H. gerichtet. Nach der freilich nicht zureichend beglaubigten Behauptung der H. hat der Angeklagte, nachdem er sie bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte gemißhandelt, noch unzüchtige Handlungen mit ihr vorgenommen. Am 22. August 1857 wurde die H. in Betreff der erlittenen Mißhandlungen durch den Kreisphysikus Dr. Marnow zu Schrimm untersucht. Dieser fand an dem Kopfe, den Schultern, den Armen, den Brüsten und dem Rücken ausgebreitete Blutunterlaufungen von bald größerer, bald kleinerer Ausdehnung und von bräunlicher Färbung. Die getroffenen Stellen waren heiß und geschwollen. Auf dem Rücken waren Equillationen, welche die Form einer Schnalle hatten. Die rechte Brust war mit Blutunterlaufungen bedeckt und bei der äußeren Berührung schmerzhaft. Die Tragweite der Verletzungen der Brust ließ sich damals nicht beurtheilen, jedoch wurden sie für den Fall eintretender Reaktion für gefährlich erachtet. In Betreff der übrigen Verletzungen erschien ein etwa dreiwöchentlicher Zeitraum zu deren vollständiger Heilung erforderlich, und in der That ist auch die H. gegen vier Wochen krank und arbeitsunfähig gewesen. II. In der Nacht vom 19. zum 20. April pr. gegen 12 Uhr, also nach seiner ersten Entlassung aus der Haft, kam der Angeklagte in die Schlafkammer seiner Mutter Zadwiga v. B., in welcher diese und zwei ihrer Dienstmädchen, die eine Namens Marianna Pjanowska, die andere Namens Pauline Zarentowska, schliefen. Er befohl der Marianna P., aufzustehen, ihm Tee zu kochen und ihm in die Stube seiner Schwester, der Frau v. Unruh, zu folgen. Während er sich entfernt hatte, kleideten sich seine Mutter und die Pauline S. an, und die Letztere, welche schon früher wiederholt von dem Angeklagten gemißhandelt worden war, entpang, um erneuten Mißhandlungen, die sie befürchtete, zu entgehen, durch das Fenster. Bald darauf kam der Angeklagte in die Stube seiner Mutter zurück. Diese machte ihm Vorstellungen über sein wüthes Treiben und flüchtete sich, als er hierauf auf sie losprang, durch das Fenster in den Hof, nachdem er sie bei den Haaren ergriffen und ihr einen Theil derselben ausgerauft hatte. Der Angeklagte folgte seiner Mutter, verlegte ihr, als er sie im Hofe an der Ecke des Wohnhauses erreichte, mehrere Schläge mit der Hand an den Kopf und trat sie mit Füßen in den Leib. Hiernächst entließ er dem in der Nähe stehenden Hofwächter Simon Nowak den Nachtwächterposten und schlug mit denselben gewaltsam seine Mutter auf den linken Oberarm. Am 22. April v. J. wurde die Frau v. B. von dem Kreisphysikus Dr. Marnow in Schrimm untersucht. Ihr Gesicht war geschwollen, geröthet und von erhöhter Temperatur. Auf dem Unterleibe befand sich eine stark mit Blut unterlaufene Stelle, so wie auf der äußeren Fläche des linken Oberarmes eine ausgebreitete, tief blaue Equillation vor. Die Frau v. B. hat in Folge jener Verletzungen neun Tage das Bett hüten müssen und während dieser Zeit fortwährend über heftige Kopfschmerzen und darüber geklagt, daß sie die Beine nicht führen könne. Der Angeklagte leugnete bei der Verhandlung die Mißhandlung seiner Mutter ab, und diese selbst hatte schon in der Voruntersuchung ihre Auslassung vor Gericht abgelehnt. Indes bestätigten mehrere Zeugen, insbesondere die Frau v. Bukowska auf Dalewo, bei welcher die Frau v. Bojanowska nach ihrer Mißhandlung eine Zuflucht gesucht, ihr den Vorgang mitgetheilt und ihre Genesung abgewartet hatte, den ganzen obigen Sachverhalt. — III. In einer andern Nacht des Monats April vorigen Jahres drang der Angeklagte, mit einer Flinte bewaffnet, in das Schlafzimmer seiner Mutter, in welchem diese, so wie deren Wirthschafterin, die unverheiratete Anna Zionskiewska, und das Kaffeemädchen Marianna Pjanowska schliefen. Hier nötigte er die beiden Letzteren durch drohende Bewegungen mit der Flinte, Schnaps zu trinken und ihm in seine Stube zu folgen. Als sie hier angekommen waren, befohl er ihnen, in eine anstehende Dachkammer zu treten, schloß dieselbe und entfernte sich. Nach etwa einer Viertelstunde kehrte er in seine Stube zurück, verschloß diese, öffnete die Dachkammer, nötigte die darin eingesperrten Mädchen wiederholt, Brantwein zu trinken, und verlangte von der J., daß sie ihm zu Willen sei. Er hatte, indem er dieses Verlangen aussprach, eine Flinte in seiner Hand, machte mit derselben gegen die J. drohende Bewegungen und äußerte dabei, daß die Flinte geladen sei und daß er die J. erschießen würde, wenn sie seinem Willen nicht Folge leiste. Die J., welche während ihrer Dienstzeit bei der Mutter des Angeklagten wiederholt Zeugin der rohen Ausbrüche seines wüthen und leidenschaftlichen Charakters gewesen war, und ihn als einen Menschen kannte, von dem sie sich der Ausführung seiner lebensgefährlichen Drohungen wohl versehen konnte, wurde durch diese gezwungen, seinem Anfinnen nachzugeben. — IV. Am 22. April v. J. wurde das Landrathsamt in Schrimm von dem dortigen Kreisgericht ersucht, die Verhaftung des Angekl., die durch gerichtliche Beamte bereits vergeblich versucht worden war, zur Ausführung zu bringen. Das Landrathsamt ertheilte dem Distr. Kommiss. Kubnau zu Dolzig den Auftrag, unter Zuziehung des Gendarmen Dubenthal die Verhaftung des Angekl. ins Werk zu setzen. Zu diesem Zwecke begab sich K. in Begleitung von D. und 6 Bürgern aus Dolzig den 26. April v. J. Morgens gegen 9 Uhr nach Mäpzin, traf den Angekl. im Bette an, machte ihn unter Vorzeigung der schriftlichen Ordre mit seinem Auftrage bekannt und forderte ihn auf, derselben Folge zu leisten. Der Angekl. erklärte sich hierzu bereit, befohl, seinen Wagen zur Fahrt bereit zu machen und erludte den Distr. Kommiss. K. und den Gendarmen D., auf kurze Zeit, bis er sich angekleidet, in ein Nebenzimmer zu treten. K. und D. willfährten dieser Bitte, und der Letztere fand bald darauf in dem Hausflur seinen Helm, den er in dem Zimmer des Angekl. zurückgelassen, und daneben einen von dem Letzteren ge- und unterschriebenen Zettel, in welchem derselbe die mit seiner Verhaftung beauftragten Beamten bat, ihn nicht in Verhaftung zu bringen, „zwei Seelen Mörder zu werden“, sie warnte, sich ihre Frauen und Kinder nicht in Gefahr zu setzen, und erklärte, daß er jeder Gefahr trotz und bereit sei, sein Leben zu opfern. K., nachdem er den Zettel gelesen, begab sich nach dem Schlafzimmer des Angekl., fand die Thür desselben verschlossen und forderte den im Zimmer weilenden Angekl. auf, zu öffnen und ihm zu folgen. Der Angekl. erklärte hierauf, daß er nicht folgen, vielmehr, wenn die Beamten Gewalt brauchen würden, den Inhalt seines Briefes in Ausführung bringen werde. Durch diese Drohung veranlaßt, nahmen die Letzteren von weiteren Maßnahmen Abstand. Dem Angekl. gelang es, bald darauf zu entfliehen. Am folgenden Tage begaben sich K. und D. auf verschriftete Ordre des Landrathsamtes zu Schrimm zur Verhaftung des Angekl. nach Lubiatowo, wohin derselbe an dem vorhergehenden Tage geflüchtet war. Als sie dort anlangten, war der Angekl. bereits nach dem benachbarten Walde zu Pferde entkommen. Der Gendarm D. folgte ihm, und als er ziemlich nahe an den Wald herangekommen war, trat der Angekl. zu Fuß, mit einer Doppelflinte bewaffnet, aus demselben hervor, zog den Hahn auf, schlug auf etwa 60 Schritte Entfernung auf D. an, zielte auf denselben und drückte los. Die Flinte verlagte. D. hat deutlich gesehen, daß der Angekl. den Hahn aufgezogen, und das Knallen derselben beim Abdrücken gehört. D. redete hierauf dem Angekl. zu, den Widerstand einzustellen und sich verhaften zu lassen, und eilte auf den Waldestrand zu. Als er hier kaum angekommen war, legte der Angekl., der sich inzwischen etwas zurückgezogen hatte, auf etwa 300 Schritte Entfernung von Neuem auf ihn an, zielte und ergriff, als der Schuß nicht losging, die Flucht. D. und der Bürger Ignazewski aus Dolzig, der ihn begleitete, feuerten hierauf auf den Angekl., worauf dieser die Flinte wegworf und sich ergab. Bei Untersuchung dieser Flinte stellte sich heraus, daß der eine Lauf derselben mit 14, der andere mit 16 Kugeln geladen war. — V. Kurz vor seiner zweiten, im April v. J. erfolgten Verhaftung hat der Angekl. eine seinem Schwager, Victor v. Unruh, gehörige verschlossene Hutschachtel dadurch, daß er den Riemen derselben durchschnitten, gewaltsam geöffnet, den Inhalt herausgenommen und denselben in Gegenwart der Wirthschafterin Anna Zionskiewska verbrannt. Der Angekl. stellte das bei der mündlichen Verhandlung nicht in Abrede, behauptete jedoch, sinnlos betrunken gewesen zu sein. — Hiermit ist die Reihe der gegen v. B. erhobenen Anklagepunkte geschlossen. Die Aussagen der zahlreich vernommenen Zeugen bestätigten nicht nur im Besonderen den oben erzählten Thatbestand, sondern lieferten auch noch im Allgemeinen ein recht charakteristisches Bild von der sittlichen Verworfenheit des Angekl., welche sich auch in einem nicht geringen Grade in der schamlosen Frechheit dokumentirte, mit welcher der Angekl. sich trotz der Zahl der auf ihn ruhenden Anklagepunkte dem Gerichtshofe, den Geschwornen und den Zeugen gegenüber ausließ. Seine Unverschämtheit ging so weit, daß er, obgleich die J. Staatsanwaltschaft auf die Vernehmung der Frau v. B. als Belastungszeugin wegen ihres mütterlichen Verhältnisses zu dem Angekl. Verzicht leistete, ausdrücklich wiederholt seine Mutter als Entlastungszeugin zu vernehmen verlangte, wodurch er dieselbe in die Alternative versetzte, entweder als Anklägerin ihres leidlichen Sohnes aufzutreten, oder einen Meineid zu leisten. Trotz ausdrücklicher Vorstellungen des Vorstehenden bestand der Angekl. auf diesem Verlangen, und erst auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschloß der Gerichtshof, die Vernehmung der Mutter des Angekl. nicht zu bewirken. Die Zahl der zu vernehmenden Zeugen war so groß, daß die Beweisaufnahme den ganzen ersten Tag in Anspruch nahm. Am 25. d. Abends um 8 Uhr wurde die Verhandlung vertagt. Am 26. des Morgens wurde die Verhandlung fortgesetzt, und es folgten die Plaidoyers des Staatsanwalts Ahlemann, des Verteidigers Rechtsanwalts Engelhard und das Resümé des Vorstehenden. Demnach zog sich die Geschwornen zurück und kehrten schon nach halbstündiger Verathung in das Sitzungszimmer zurück. Ihr Verdict erklärte den Angekl. für schuldig, 1) am 20. August 1857 der unverheirateten Do-

rothea Hoyal aus Morka vorläufig Körperverletzungen zugefügt zu haben, welche für deren Gesundheit erhebliche Nachtheile und eine Arbeitsunfähigkeit von längerer Dauer zur Folge gehabt, 2) in der Nacht vom 19. zum 20. April v. J. seiner leiblichen Mutter Zadwiga v. B. vorläufig Körperverletzungen zugefügt zu haben, welche für deren Gesundheit einen erheblichen Nachtheil zur Folge gehabt, 3) am 26. April v. J. den Distr. Kommiss. K. und den Gendarmen D., welche von dem l. Landrathsamt zu Schrimm mit seiner Verhaftung beauftragt waren, dadurch, daß er schriftlich und mündlich sie zu erschlagen gedroht, gezwungen zu haben, von der Ausführung ihres Auftrages abzusehen, ferner am 27. April v. J. den Gendarmen D., während dieser ihn zum Zwecke seiner Verhaftung verfolgte, dadurch angegriffen zu haben, daß er zwei Mal eine geladene Flinte auf ihn angelegt und losgedrückt hat. Auch in Betreff der Nothzucht und der vorläufigen Beschädigung fremden Eigenthums bejahten die Geschwornen die ihnen über die Schuld des Angekl. gestellten Fragen, bemerkten jedoch in Betreff der ersteren, daß eine Gefahr für das Leben der J. nicht vorhanden gewesen, und in Betreff des letztgenannten Vergehens, daß der Vorjah des Angekl. nicht nachgewiesen sei. Der Gerichtshof verurtheilte, wie bereits gemeldet, den Angekl. wegen des Verbrechens der Nothzucht zu zwei Jahren Zuchthaus, und wegen sämtlicher übrigen Vergehens zu drei Jahren Gefängnis, welche letztere Strafe auf Grund s. 16 Str. G. B. in eine zweijährige Zuchthausstrafe umgewandelt wurde, außerdem zu vierjähriger Polizeiaufsicht und Tragung der Kosten.

[Die Posen-Bromberger Eisenbahn.] Wie die „B. B. Z.“ vernimmt, bereitet sich eine sehr umfassende, mit zahlreichen Unterschriften bedeckte „Demonstration gegen die Ausführung der Posen-Bromberger Eisenbahn“ für Rechnung der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft vor, indem man es dem Interesse und dem Zwecke dieser Eisenbahngesellschaft für nicht entsprechend hält, daß dem Unternehmen eine so weite Ausdehnung gegeben werde. Die desfallsige Vorstellung soll gleichzeitig an die Allerhöchste Stelle und an das Abgeordnetenhaus gerichtet werden.

S. Posen, 31. Jan. [Das Konzert unseres Gesangsvereins.] Das heute Abend 7 Uhr im großen Saale des Bazar stattfindet, verspricht, wie wir hören, sehr zahlreich besucht zu werden. Das ist nun wieder ein erfreuliches Zeichen für die gerade in dieser Zeit vielfach in Anspruch genommene und doch nicht zu ermüdende Theilnahme desjenigen Theils unseres Publikums, der für gute Musik sich wirklich interessiert. Das Konzert wird überdies noch ein besonderes Interesse dadurch bieten, daß die Opernsängerin Frä. Holland, ein mit vollem Recht beliebtes Mitglied unserer Bühne, die erste Sopran-Solopartie in der Mendelssohn'schen Kantate mit freundlicher Bereitwilligkeit übernommen hat. Wir wünschen der jungen Künstlerin, die sich hier auf einem ganz anderen und recht schwierigen Gebiete versucht, wie den allseitigen reiblichen und eifrigen Bestrebungen des wackern Vereins und seines Dirigenten den besten Erfolg.

[Stadttheater.] Morgen, Dienstag, findet die Wiederholung der vor Kurzem mit so großem Beifall hier aufgenommenen Oper Donizetti's: „Lucia von Lamermoor“, und zwar zum Benefiz des Theaterkapellmeisters Hrn. Mag. s. g. statt. Wir sind nicht eben zu häufig in der Lage, so recht aus vollem Herzen heraus eine Benefizvorstellung mit Rücksicht auf den Benefizianten der recht zahlreichen Vetheiligung des Publikums zu empfehlen, wie diesmal. Wenn gerade in zahlreichem Besuch eines Benefizes sich eine dankbare Anerkennung der bisherigen Leistungen ausdrückt, so verdient unser Kapellmeister M. dieselbe vollständig. Wer die mannichfachen Schwierigkeiten seiner Stellung nur halbwegs kennt, der weiß auch, wie vieles bei den im Allgemeinen so wohlgelungenen Opernvorstellungen dieser Saison auf seine Rechnung zu stellen ist. Wir haben neuerdings Gelegenheit genommen, dies unumwunden auszusprechen, und wünschen aufrichtig, daß ein recht zahlreicher Besuch den Benefizianten für seine mannichfachen Anstrengungen, seinen Fleiß und seine Sorgsamkeit wenigstens in etwas entschädigen und ihm ein Sporn zum Fortschreiten auf dem eingeschlagenen rechten Wege sein möge.

S. — [Musik.] Die „Zeitung für Norddeutschland“ enthält folgende Notiz:

Leptin hatten wir Gelegenheit, ein Pianino aus der Fabrik von Georg Luchardt in Kassel kennen zu lernen. Das 7 Oktaven umfassende Instrument zeichnet sich durch Schönheit, Gleichmäßigkeit und Stärke des Tons, so wie bei großer Elastizität im Anschlage durch seltene Biegsamkeit einer mannichfaltigen Nuancirung nach Kraft und Klang aus. Die Vorzüge des Instruments traten um so reicher hervor, als dasselbe von sehr gewandter Hand, von Hrn. Edward Heg aus Frankfurt a. M., gespielt wurde, der seine Studien zum Theil unter Liszt's Leitung gemacht hat. Wie wir hören, hat Hr. Heg die Absicht, die Instrumente der genannten Fabrik durch seine Vorträge in weiteren Kreisen bekannt zu machen.

Hr. Heg, der schon in England, der Schweiz, und vielen Städten Deutschlands sich und den hier erwähnten Klavierinstrumenten, nach den uns vorliegenden verschiedenen Zeitungsberichten, einen bedeutenden Ruf erworben, ist jetzt hier anwesend (Stern's Hotel), und wir hoffen Gelegenheit zu finden, bald die Leistungen des jungen Künstlers und die Leistungsfähigkeit der Instrumente selbst näher kennen zu lernen.

Th. Breschen, 29. Jan. [Feuer.] Gestern Morgen gegen 3 Uhr wurden die Bewohner der Stadt durch die Feuerglocke zweimal erschreckt. Zuerst brannten in der äußersten Vorstadt zwei zusammenhängende Scheunen mit Inhalt vollständig nieder, das zweitmal, ungefähr zwei Stunden später, wurde in einem Hause auf der Kirchgasse das mühsamlich angelegte Feuer bei Zeiten unterdrückt und dadurch ungleich größere Gefahr abgewendet. Ref. begab sich auf einem bodenlosen Wege der sogenannten Judenstraße nach der Brandstätte, fand hier ein schaulustiges Publikum, das sich über allerlei gleichgültige Dinge unterhielt, ohne nur im Entferntesten daran zu denken, das Wenige zu retten, was durch kräftiges Einschreiten wohl hätte gerettet werden können. Von den Anwesenden hatte, so viel wir gesehen, auch nicht Einer den Eimer oder Haken bei der Hand. Die beiden erst ziemlich spät eingetroffenen Spritzen, wovon die eine dem benachbarten Dom. Zawozdie, die andere der Stadt gehörte, konnten nur geringe Dienste leisten; letztere wurde bald nach begonnener Thätigkeit vollständig unbrauchbar. Bei der schlechten Beschaffenheit der Häuser (es gibt wenige massive unter ihnen), wäre es höchst wünschenswerth und kann den Lokalbehörden nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, daß mit der schlechtesten Organisation einer Feuerwehr, wie wir sie ja bereits auch in kleineren Städten finden, vorgegangen werde. Gott behüte uns vor einer Katastrophe, wie sie Bojanowo und Frankenstein erlebt hat!

Neustadt P., 29. Jan. [Zur Auswanderung; ein Freudentag; Befähigung; Postalisches.] Von den Arbeitern, welche die Unternehmer der Warschau-Petersburger Eisenbahn zur Ausführung der Vorarbeiten in der Nähe von Bialystok aus Schlesien verschiften hatten, sind im Oktober und November v. J. mehrere Hunderte, von allen Mitteln entblößt, aus Rußland in Warschau eingetroffen, um nach ihrer Heimath zurückzukehren, und haben, zur Fortsetzung der Reise, von dem diesseitigen l. Generalconsulate daselbst mit Geldunterstützungen versehen werden müssen. Die l. Regierung in Posen hat nun an die Landrathsämter in Gemäßheit eines Erlasses des Oberpräsidenten die Aufforderung erlassen, Fürsorge zu treffen, daß, wenn etwa Personen aus hiesiger Provinz zu gleichem Zwecke nach Polen zu gehen beabsichtigten, die geeignete Abmahnung stattfindet. — Das freudige Ereigniß der glücklichen Entbindung J. K. H. der Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm brachte uns Ihre telegraphische Nachricht schon gestern in aller Frühe, nur 10 Stunden später, als es in Berlin bekannt geworden. In allen Schichten der Gesellschaft verursachte diese Nachricht doppelt große Freude, da der Sprößling ein Prinz ist. — Die Wahl des Stadtkreisraths Sigm. in Pünne zum Bürgermeister in Tirschkegel (Nr. 297) hat die Bestätigung der l. Regierung erhalten. — Sigm. rem Vernehmen nach tritt vom 1. Febr. c. wieder auch nur eine Partikel

postverbindung zwischen Pinne und Zirkel und dadurch eine direkte Verbindung mit der Bahn bei Driesen, ein. Dadurch wird sowohl Pinne, als hier und den umliegenden Gegenden der unerschöpfbare Vorrath, daß Korrespondenzen und Berichte aus Berlin wie früher schon am andern Tage Nachmittags 3 Uhr nach erfolgter Auslieferung in Berlin ausgegeben werden können.

Bromberg, 29. Jan. [Adresse; Petition; Krinoline als Exakterin vom Tode; Diebstahl.] Nachdem das freudige Ereignis der glücklichen Entbindung S. R. P. der Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm bekannt geworden, wurde sofort gestern Nachmittags eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten anberaumt und eine Beglückwünschungsadresse an S. R. P. den Prinzen Friedrich Wilhelm beschloffen. Dieselbe ist heute bereits nach Berlin abgegangen und soll von dem Abgeordneten für Bromberg, Stadtrath Peterfon, Sr. R. Hoheit überreicht werden. — Die Subalternbeamten des hiesigen Kreisgerichts haben in voriger Woche eine mit vielen Unterschriften versehene Petition an die Kammer abgehandelt, in welcher sie, wie ich höre, um Gehaltssteigerung und namentlich um Gleichstellung im Gehalte mit den Subalternbeamten der I. Regierungen bitten. — Eine Köchin von dem einige Meilen von hier gelegenen Gute S., ein junges, hübsches Mädchen, aber durch Romanlesen voll ziemlich verschrobener Ideen, bekommt von ihrem (militärischen) Bräutigam in Bromberg einen Brief, worin derselbe ihr Verhältniß löst. Der Schreck über diese Untreue setzt sie in Verzweiflung. Endlich faßt sie den Entschluß, zu sterben; aber natürlich in Bromberg, damit der Treulohe ihre Leiche jenseits und von nagenden Gewissensbissen gepeinigt werde. Außerst gepust, mit der unentbehrlichen Krinoline, verläßt sie heimlich ihren Wohnort, kommt hier gegen 10 Uhr Abends an, und springt dann von der Mühlenbrücke in die Brabe. Die Krinoline läßt sie aber nicht untergehen, und so ruft sie denn auch bald um Hilfe und wird nach einiger Zeit glücklich gerettet. — Der Dieb, der, wie i. Z. gemeldet, während des letzten Jahrmarktes hier einem Kleiderhändler aus der Marktbude eine bedeutende Menge von Waaren gestohlen, ist der Arbeitsmann Michael Trojahn aus Glinde. Er ist gefänglich und wurde von der Kriminaldeputation des hiesigen Kreisgerichts in dieser Woche zu 3 Monaten Gefängniß, zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr und zu einjähriger Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Gerniejewo, 30. Jan. [Wölfe.] Seit etwa 14 Tagen sind in den hiesigen herrschaftlichen Wäldern zwei Wölfe gesehen worden; eine am 24. d. veranstaltete Jagd war erfolglos, indem zu wenige Treiber aufgestellt, und wegen mangelnden Schnees die Spuren der jedenfalls bei dem letzten starken Frost aus den Wäldern des Königreichs Polen übergetretenen unwillkommenen Gäste nicht zu finden waren. Schaden haben dieselben in der hiesigen Gegend noch nicht angerichtet, wenigstens sind darüber noch keine Klagen laut geworden. Vor Kurzem kamen sie in der Nähe einer Schafherde auf das Feld, blieben indeß ruhig am Walde des Saumes sitzen, während die Hirtenknaben erschrafen, großen Lärm verursachten und die Schafe nach Hause trieben. Die Wölfe, wahrscheinlich durch das Gesehrei eingeschüchtert, gingen ruhig in die Schöpfung zurück.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 28. Jan. Rahn Nr. 2207, Schiffer Christian Torhae von Stettin, und Rahn Nr. 2208, Schiffer Ferdinand Altmann, von Küstrin, beide nach Posen mit Gütern.

Angekommene Fremde.

Vom 30. Januar.

BAZAR. Die Gutsb. Graf Kwiecki aus Gostawice, v. Lacti aus Posadowo und v. Wlozjewski aus Przeczaw.

SCHWARZER ADLER. Wirthsch. Kommiss. v. Dzierzanowski aus Glinno, Wirthsch. Beamter Weigandt aus Rikowo und Bürgermeister Lehmann aus Schrimm.

EICHBORN'S HOTEL. Kupfermeister Kuper aus Bromberg und Kaufmann Karminski aus Pleschen.

PRIVAT-LOGIS. Königl. Kammerherr Graf v. Pfeil aus Plewitz, Wilhelmstraße Nr. 14.

Vom 31. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsbesitzer v. Ransstein aus Schlesien, v. Dzierzinski aus Netzsche, Palm aus Duiß, Palm aus Zankowice, v. Radoski aus Dominowo, v. Sanger aus Lubowo, Baron v. Kirs aus Altgörsig, Zunkel aus Zmyslowo und Frau Gutsbesitzer Hoffmann aus Ruchocice, die Kaufleute Gebhardt aus Leipzig, Wartenberg, Rubig, Lewic, Perl und Preulter aus Berlin, Becker aus Elberfeld, Feldheim aus Dettelsbach, Beyer, Lehmann, Arnold und Picht aus Stettin, Dr. med. Sohn aus Glin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Nippel aus Wald, Hagel, Neugay und Ullmann aus Frankfurt a. M., Kayser aus Strzelno und Baugh aus Glogau, Dr. Lieutenant im 18. Inf. Regt. Frhr. v. Kittlig aus Birnbaum, die Rittergutsbesitzer Sydow aus Karniszewo, v. Zuchlinski aus Piersko, v. Turno aus Dzierzisz und Naag aus Myntowo, Oberinspektor Künzel aus Zarcin und Sängerin Bräulein Holbein aus Weimar.

HOTEL DU NORD. Lieutenant und Gutsbesitzer Wegner aus Neclaf, die Gutsbesitzer Reuch aus Lipie, Klepajewski aus Turwia und Frau Gutsbesitzer Gräfin Grabowski aus Lukowo, Kaufm. Weise aus Woldenberg.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Wollschläger nebst Frau aus Zwono und Konditor Karpicki aus Samter.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Erzieherin Frau v. Kminowska aus Znowradaw, die Kaufleute Goldring nebst Frau aus Breschen und Fieland aus Glogau, Domänenpächter Burghard aus Beglewo und Gutsbesitzer v. Waligorski aus Koftworowo.

SCHWARZER ADLER. Administrator Waligowski aus Chocicza, die Gutsbesitzer v. Zeromski aus Grodziszko und Schulz aus Stradzawo, Gutsbesitzer Sulzowski aus Boguniewo und Wirthschafts-Beamter Rosicki aus Bialogyn.

BAZAR. Senator v. Goscimski aus Warschau, die Gutsbesitzer v. Zaborowski aus Zaborowo, v. Lubinski aus Wola und v. Wierzbinski aus Stare, Gutsbesitzer v. Chotomski aus Wronowo und Gutsverwalter Jagielski aus Swiatkowo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer v. Storzewski aus Netla, v. Bojanowski und v. Ryckowski aus Wogorzewo, v. Sempolowski aus Gogorzewo, v. Sclapowski aus Wogorzewo, v. Wlozjewski aus Storzewo und Frau Gutsbesitzer v. Jackowski aus Pomorzankowice, Gutsverwalter Antoniewicz aus Stempuchowo, prakt. Arzt Dr. Gunow aus Trzemeszno und Kaufmann Rogowski aus Breschen.

HOTEL DE BERLIN. Königl. Oberförster Stahr aus Zielonka, Rentier Scheel aus Garmkau, Inspektor Damast aus Briesen, Opernsänger Lindner aus München, Kaufmann Joseph aus Stargard in Westpreußen, Besitzer Laube aus Mieleno, Administrator Genge aus Koblitz, Gutsbesitzer Heinge aus Klecko und Oberinspektor Schödl aus Dziadyn.

GROSSE EICHE. Gutsbesitzer Pradzynski aus Strojki.

BUDWIG'S HOTEL. Wagenbauer Rismann aus Schwerin a. W., Viehhändler Schwandt aus Neubessau, Brennereiverwalter Marcus aus Wiedlitz, die Kaufleute Kron aus Garmkau, Badt aus Glin, Bergas jun. aus Grätz, Czempin aus Berlin, Graupe, Hirsch und Wegner aus Rogajen.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Horwitz aus Konin, Friedmann jun. aus Schrimm und Herzfeld aus Grätz.

DREI LILLEN. Gutsbesitzer Steinhoff und Töpfermeister Hoffmann aus Rogajen, Kammerer Winkowski aus Grätz, Schiedsmann Grafmann aus Buz, Zimmermeister Berger und Bäckermeister Risch aus Breschen.

KRUG'S HOTEL. Gutsbesitzer Kugner aus Kupferhammer, Handelsmann Leuthe aus Gönningen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Es werden: A. Renten - Reallasten - und Dienst - Ablösungen und Regulierungen gützlich - bauerlicher Verhältnisse nach dem Gesetze vom 2. März 1850 in folgenden Ortschaften:

a) im Adelnauer Kreise:

- 1) Sanfow zalesny II. Anthells, auch Separation,
- 2) Nabyzycze und Pusztowie Kuroch, alte Eigentümers,
- 3) Pusztowie Warzta;

b) im Bromberger Kreise:

- 1) Dziach,
- 2) Groß-Bartlessee, Rätthner dem Michael Wießel'schen Bauerngrundstück zinspflichtig,
- 3) Przelente Nr. 216 A. und C. Mey'schen Anthells, Trennungsfundstücke,
- 4) Przelente Nr. 216 A. und C. von Przyficki, Meeten.

Franz Krause, Karl Ludwig Krause und Marquard'schen Anthells, Trennungsfundstücke,

5) Przelente Nr. 216 B. und C. Stupki'schen Anthells, Trennungsfundstücke in Przelente und Przelente ostrowo,

6) Przelente Nr. 216 C., Karl Bregke'sche Trennungsfundstücke in Przelente ostrowo,

7) Przelente Nr. 216 und Przelente gorki, Krugowski'schen Anthells, Trennungsfundstücke;

c) im Głodziejewer Kreise:

Stadtgemeinde Schneidemühl bezüglich der an dieselbe von mehreren Grundbesitzern zu Schneidemühl, Gönne, Lebehnne, Hammer, Kofchig, Krummfließ, Rattun, Klappstein, Springberg, Wscholland, Wotylowo, Hagenberg, Wlotte, Knie, Kneifer, Stöwen, Groß-Wittenberg, Lemmiz, Grammatenbrück, Schönfeld und Stiefelsdorf zu entrichtenden Geldzinsen;

d) im Gzarnikauer Kreise:

- 1) Peczlowo, auch Separation und Servituten - Ablösung,
- 2) Schneidemühlchen, auch Separation;

e) im Fraustädter Kreise:

Stadt Fraustadt;

f) im Gnejewer Kreise:

Stiersew Mühle Nr. 3;

g) im Krotoschiner Kreise:

- 1) Grembow, auch Separation,
- 2) Sanfow zalesny I., auch Separation,
- 3) Roski,
- 4) Rozdrzewo, auch Brennholz - Ablösung,
- 5) Swinow Komornits;

h) im Plechener Kreise:

Krzywosadowo;

i) im Schildberger Kreise:

1) Rosow, die sogenannte Engelsmühle Nr. 64 betreffend,

2) Grabower Pusztowien;

k) im Wirziger Kreise:

1) Wolke, Bänder zur Ackerwirtschaft des Michael Krüger gehörig,

2) Tuzikowo.

Ferner:

B. Gemeinheitsabteilungen, Separationen, Weide- und Holz - Abfindungen u. nach der Gemeinheitsabtheilungs - Ordnung vom 7. Juni 1821 in folgenden Ortschaften:

a) im Adelnauer Kreise:

Sulmierzyce, sogenannte Stadtdäcker;

b) im Bromberger Kreise:

1) Stadt Polnisch-Krone,

2) Sophtentbal;

c) im Gzarnikauer Kreise:

Grünfied, Holzabfindung;

d) im Krobener Kreise:

Görschen;

e) im Krotoschiner Kreise:

1) Bajkow,

2) Borek,

3) Dobryca,

4) Gumnice, Gütertheilung,

5) Zbuny, Raff- und Fescheholz - Ablösung;

f) im Oborniker Kreise:

Rogajen, Gütertheilung;

g) im Posener Kreise:

Dwinsk, Ablösung des Bauholzrechts für die Wohn- und Wirtschaftsgebäude des ehemaligen Klosters zu Dwinsk;

h) im Schildberger Kreise:

Figotta und Zmyslona ligocka, Separation;

i) im Schrimmer Kreise:

1) Dembier, Brennholz - Ablösung,

2) Pierschno, desgleichen,

3) Bnin, Forstservituten - Ablösung;

k) im Schrodaer Kreise:

1) Krzyzowniki, Brennholz - Ablösung,

2) Sieblec - Mühle, Weide - Ablösung,

3) Katalice - Mühle, desgleichen;

Bekanntmachung.

Diejenigen Pfänder, welche in den Monaten April, Mai, Juni, Juli, August und September 1853 bis zum Verfalltage der gewährten Darlehne und noch 6 Monate später, und zwar die Pfänder sub Nr.

14319.	14334.	14335.	14338.	14340.	14367.	14368.	14376.	14380.	14394.	14396.
14412.	14422.	14425.	14426.	14429.	14431.	14433.	14449.	14455.	14461.	14463.
14469.	14470.	14474.	14482.	14485.	14501.	14504.	14513.	14516.	14517.	14519.
14533.	14549.	14551.	14558.	14561.	14563.	14569.	14572.	14576.	14578.	14580.
14583.	14590.	14593.	14597.	14604.	14610.	14611.	14614.	14615.	14617.	14644.
14656.	14664.	14665.	14667.	14668.	14669.	14671.	14676.	14693.	14695.	14700.
14704.	14709.	14712.	14718.	14719.	14720.	14722.	14724.	14727.	14735.	14752.
14753.	14755.	14756.	14758.	14761.	14770.	14775.	14783.	14784.	14785.	14791.
14792.	14793.	14794.	14795.	14796.	14797.	14798.	14799.	14800.	14801.	14802.
14803.	14804.	14805.	14806.	14807.	14808.	14809.	14810.	14811.	14812.	14813.
14814.	14815.	14816.	14817.	14818.	14819.	14820.	14821.	14822.	14823.	14824.
14825.	14826.	14827.	14828.	14829.	14830.	14831.	14832.	14833.	14834.	14835.
14836.	14837.	14838.	14839.	14840.	14841.	14842.	14843.	14844.	14845.	14846.
14847.	14848.	14849.	14850.	14851.	14852.	14853.	14854.	14855.	14856.	14857.
14858.	14859.	14860.	14861.	14862.	14863.	14864.	14865.	14866.	14867.	14868.
14869.	14870.	14871.	14872.	14873.	14874.	14875.	14876.	14877.	14878.	14879.
14880.	14881.	14882.	14883.	14884.	14885.	14886.	14887.	14888.	14889.	14890.
14891.	14892.	14893.	14894.	14895.	14896.	14897.	14898.	14899.	14900.	14901.
14902.	14903.	14904.	14905.	14906.	14907.	14908.	14909.	14910.	14911.	14912.
14913.	14914.	14915.	14916.	14917.	14918.	14919.	14920.	14921.	14922.	14923.
14924.	14925.	14926.	14927.	14928.	14929.	14930.	14931.	14932.	14933.	14934.
14935.	14936.	14937.	14938.	14939.	14940.	14941.	14942.	14943.	14944.	14945.
14946.	14947.	14948.	14949.	14950.	14951.	14952.	14953.	14954.	14955.	14956.
14957.	14958.	14959.	14960.	14961.	14962.	14963.	14964.	14965.	14966.	14967.
14968.	14969.	14970.	14971.	14972.	14973.	14974.	14975.	14976.	14977.	14978.
14979.	14980.	14981.	14982.	14983.	14984.	14985.	14986.	14987.	14988.	14989.
14990.	14991.	14992.	14993.	14994.	14995.	14996.	14997.	14998.	14999.	15000.
15001.	15002.	15003.	15004.	15005.	15006.	15007.	15008.	15009.	15010.	15011.
15012.	15013.	15014.	15015.	15016.	15017.	15018.	15019.	15020.	15021.	15022.
15023.	15024.	15025.	15026.	15027.	15028.	15029.	15030.	15031.	15032.	15033.
15034.	15035.	15036.	15037.	15038.	15039.	15040.	15041.	15042.	15043.	15044.
15045.	15046.	15047.	15048.	15049.	15050.	15051.	15052.	15053.	15054.	15055.
15056.	15057.	15058.	15059.	15060.	15061.	15062.	15063.	15064.	15065.	15066.
15067.	15068.	15069.	15070.	15071.	15072.	15073.	15074.	15075.	15076.	15077.
15078.	15079.	15080.	15081.	15082.	15083.	15084.	15085.	15086.	15087.	15088.
15089.	15090.	15091.	15092.	15093.	15094.	15095.	15096.	15097.	15098.	15099.
15100.	15101.	15102.	15103.	15104.	15105.	15106.	15107.	15108.	15109.	15110.
15111.	15112.	15113.	15114.	15115.	15116.	15117.	15118.	15119.	15120.	15121.
15122.	15123.	15124.	15125.	15126.	15127.	15128.	15129.	15130.	15131.	15132.
15133.	15134.	15135.	15136.	15137.	15138.	15139.	15140.	15141.	15142.	15143.
15144.	15145.	15146.	15147.	15148.	15149.	15150.	15151.	15152.	15153.	15154.
15155.	15156.	15157.	15158.	15159.	15160.	15161.	15162.	15163.	15164.	15165.
15166.	15167.	15168.	15169.	15170.	15171.	15172.	15173.	15174.	15175.	15176.
15177.	15178.	15179.	15180.	15181.	15182.	15183.	15184.	15185.	15186.	15187.
15188.	15189.	15190.	15191.	15192.	15193.	15194.	15195.	15196.	15197.	15198.
15199.	15200.	15201.	15202.	15203.	15204.	15205.	15206.	15207.	15208.	15209.
15210.	15211.	15212.	15213.	15214.	15215.	15216.	15217.	15218.	15219.	15220.
15221.	15222.	15223.	15224.	15225.	15226.	15227.	15228.	15229.	15230.	15231.
15232.	15233.	15234.	15235.	15236.	15237.	15238.	15239.	15240.	15241.	15242.
15243.	15244.	15245.	15246.	15247.	15248.	15249.	15250.	15251.	15252.	15253.

